

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zerlagspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Rich. Müller
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Höpferstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 8.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Kollegen, stärkt eure Organisation!

Das Unternehmertum rüstet! Die Arbeitgeberverbände schließen sich fester zusammen. Die wirtschaftlichen Machtmittel stehen dem Unternehmertum wieder unbeschränkt zur Verfügung, mit Erfolg versuchen sie auch die politischen Machtmittel des Staates in ihren Dienst zu stellen. Durch erhöhte Ausbeutung der breiten Volksmassen soll das morsche kapitalistische System wieder erneuert werden. Nur durch eine grausame Lohnsklaverei kann das Unternehmertum sein Ziel erreichen.

Kollegen, stärkt eure Organisation! Wir gehen schweren Zeiten und großen Kämpfen entgegen. Wollt ihr die Pläne der Unternehmer vernichten, wollt ihr eure wirtschaftliche Not beseitigen, wollt ihr euch freimachen von aller Lohnsklaverei, dann haltet eure Organisation fest zusammen und sorgt auch für ihre innere Stärke. Kollegen und Kolleginnen! Jetzt habt ihr Gelegenheit, euren Opfermut und Kampfesgeist zu bezeugen. Die Organisation braucht mehr finanzielle Mittel. In euren Händen liegt das Schicksal der Organisation. Geht zur Urabstimmung und stimmt einmütig für die Vorlage eurer Organisationsleitung.

Erläuterung des Gesetzes über Betriebsräte.

22. Wann und wo können Betriebsräte durch tarifvertragliche Vertretungen ersetzt werden?

§ 62. Ein Betriebsrat ist nicht zu errichten oder hört zu bestehen auf, wenn seiner Errichtung oder seiner Tätigkeit nach der Natur des Betriebs, besondere Schwierigkeiten entgegenstehen und auf Grund eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrags eine andere Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebs besteht oder errichtet wird. Diese Vertretung hat die in diesem Gesetze dem Betriebsrat übertragenen Aufgaben und Befugnisse.
Bei Ablauf eines solchen Tarifvertrags bleibt die nach Abs. 1 errichtete Vertretung so lange in Tätigkeit, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen und für allgemein verbindlich erklärt oder ein gesetzlicher Betriebsrat gewählt ist.

Wenn „besondere Schwierigkeiten“ der Errichtung von Betriebsräten nach den Bestimmungen des Gesetzes entgegenstehen, kann durch den Abschluss eines Tarifvertrages eine andere Betriebsvertretung geschaffen oder eine bereits bestehende anerkannt werden. Hier kommt besonders das Baugewerbe in Frage. Auch in Betrieben, die einen täglichen Wechsel der Arbeitnehmer haben, wie z. B. die Hafenbetriebe.

Wird die Betriebsvertretung durch tarifvertragliche Vereinbarung geregelt, so braucht in solchen Fällen keine Rücksicht auf die Bestimmungen des Gesetzes über Betriebsräte genommen zu werden. Das gilt für den Aufbau der Betriebsvertretungen wie auch für die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Ob in einem Betrieb besondere Schwierigkeiten bestehen, durch die die Wahl der Betriebsräte verhindert wird, darüber entscheidet der Bezirkswirtschaftsrat oder, solange ein solcher noch nicht besteht, der Schlichtungsausschuss. Bis zur Entscheidung desselben kann das Arbeitsministerium auf Antrag die gesetzliche Wahl aussetzen.

§ 63. Ist ein Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit eines Tarifvertrags gestellt, so kann das Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Antragsberechtigten (§ 3 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, Reichsgesetzbl. S. 1456) die Aussetzung der Wahl der Betriebsräte innerhalb des Geltungsbereichs des Tarifvertrags bis zur Entscheidung über die Verbindlichkeit anordnen.

Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung von tariflichen Vereinbarungen kann sich verzögern. Die „antragsberechtigten“, das heißt jede Vertragspartei (Arbeiter wie auch Unternehmer) kann deshalb einen Antrag auf Aussetzung der Wahl stellen. Über den Antrag entscheidet das Reichsarbeitsministerium. Bis zur Entscheidung kann die Wahl der gesetzlichen Betriebsräte ausgesetzt werden. Lehnt das Reichsarbeitsministerium den Antrag ab, dann müssen Betriebsvertretungen nach dem Gesetz gewählt werden.

§ 64. Betrifft der Tarifvertrag nicht sämtliche Arbeitnehmer des Betriebs, so wird für die nicht durch den Tarifvertrag gebundenen Arbeitnehmer jeweils Wahrnehmung ihrer Interessen eine Betriebsvertretung nach Maßgabe dieses Gesetzes errichtet.

Dieser Paragraph bestimmt, daß in Betrieben, wo nur für einen Teil der Arbeitnehmer eine tarifvertragliche Regelung der Betriebsvertretungen geschaffen ist, während der andere Teil nicht davon betroffen wird, für letzteren eine Betriebsvertretung nach dem Gesetz geschaffen werden muß. In einem solchen Betrieb würden dann zwei gesetzlich anerkannte Betriebsvertretungen bestehen, über deren Zusammenarbeiten im Gesetz keine Bestimmungen enthalten sind.

23. Betriebsräte für öffentliche Unternehmungen.

§ 61. Bei den Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeindeverbände, die sich über einen größeren Teil des Reichs- oder Landesgebietes oder über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, wird die Bildung von Einzel- und Gesamtbetriebsräten sowie die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander in Anlehnung an den Aufbau der Unternehmung oder Verwaltung im Verordnungswege geregelt.

Die Verordnung wird erlassen von der jeweils zuständigen Reichs- oder Landesregierung nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer.

Diese Verordnung kann auch festlegen, welche Bestandteile der Unternehmung oder Verwaltung als besondere Betriebe im Sinne des § 9 Abs. 2 anzusehen sind.

Es handelt sich hierbei um den Aufbau der Betriebsvertretungen bei der Eisenbahn, der Post, den verschiedensten Reichs- bzw. Staatsverwaltungen usw. Auch für die Unternehmungen und Verwaltungen der Gemeindeverbände, die als höhere Selbstverwaltungskörper anzusehen sind, können auf dem Verordnungswege Betriebsvertretungen (Einzel- und Gesamtbetriebsräte) gebildet werden. Die Reichs- oder die zuständigen Landesregierungen müssen eine diesbezügliche Verordnung erlassen. Durch die Verordnungen können nur Teile des Gesetzes geändert werden. Die Regierung muß vor Erlass dieser Verordnungen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen (Gewerkschaften) verhandeln. Sie kann ihre Verordnung aber erlassen, auch wenn die wirtschaftlichen Vereinigungen nicht damit einverstanden sind.

24. Betriebsrat und Beamtenrat in öffentlichen Unternehmungen.

§ 65. Besteht in einem Betriebe, für den ein Betriebsrat errichtet ist, für die dem Betrieb angehörigen öffentlichen Beamten eine Beamtenvertretung (Beamtenrat, Beamtenausschuß), so können in gemeinsamen Angelegenheiten, welche in den Aufgabenkreis sowohl des Betriebsrats wie auch der Beamtenvertretung fallen, Betriebsrat und Beamtenvertretung zu gemeinsamer Beratung zusammentreten.

Wer lähmt die Stoßkraft unseres Verbandes?

Aus Dresden geht dem Vorstand die Mitteilung zu, daß auf einer Konferenz sächsischer Bevollmächtigter zwar die dringende Notwendigkeit der Beitragserhöhung einmütig anerkannt, von einem Teil der Bevollmächtigten dem Vorstand und erweiterten Beirat jedoch das Recht bestritten worden sei, die Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen durch Urabstimmung beschließen zu lassen. Sie verlangen die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung und erklären, daß sie entgegen der einstimmigen Aufforderung des Vorstandes und erweiterten Beirates die Mitglieder beauftragen würden.

Wer die ungeheuren Aufgaben unseres Verbandes in der jetzigen Zeit auch nur ein wenig kennt, muß an sich halten, daß ihm ob solchen Verhaltens nicht harte bittere Worte aus der Feder fließen.

Warum wählt der Vorstand die Urabstimmung

und nicht den Weg über die außerordentliche Generalversammlung? Weil mit der letzteren ein erheblicher Zeitverlust verbunden ist, der in dieser Zeit sprunghaftester Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die dem Verband seine Arbeit mit vorschreibt, vermieden werden muß und weil die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung

rund 400000 Mk. Kosten

verursachen und damit ein Teil der Beitragserhöhung schon vor ihrer Einführung verschlungen würde. — Haben sich die Protestler diese Folgen nicht überlegt? Haben sie nicht bedacht, daß die enorme Erhöhung der Fahrpreise, ferner die stark gestiegene Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst der Delegierten viel Geld verschlingen würde, das wir

im Kampfe gegen ein reaktionäres Unternehmertum

besser verwenden können, aber auch nötig brauchen? Haben sie nicht überlegt, daß die verhinderte Durchführung der Vorlage nicht nur die Organisation, sondern auch die im Kampfe stehenden Mitglieder, ebenso wie die Kranken und arbeitslosen Mitglieder trifft, denen die längst erwartete Verbesserung der Unterstützung vereitelt wird?

Auch die Erwerbslosen! Dabei waren es, wenn wir uns recht erinnern, doch auch vorstehende Protestler, die nach dem Stuttgarter Verbandstag einen Höllenlärm anstimmten und die Mitglieder ihrer Verwaltungstellen zum Protest aufriefen, weil die Erwerbslosenunterstützung nicht erhöht worden war.

Vorstand und erweiterter Beirat schlagen jetzt die Erhöhung vor; da stoßen sie auf den Widerstand jener, die diese Erhöhung vorher verlangt, obwohl inzwischen die Erhöhung weit dringender geworden ist.

Was soll dieses Doppelspiel?

Sie werden erwidern, daß sie ja garnicht gegen die Urabstimmung sind, diese müsse aber erst durch eine außerordentliche Generalversammlung beschlossen werden. Sie wollen Hüter des Statuts sein!

Zur Überwachung des Statuts ist in erster Linie der Vorstand berufen

und mit ihm die Bezirksleiter. Und dennoch hat keiner der Vorstandsmitglieder, keiner der Bezirksleiter und kein anderes Mitglied des erweiterten Beirates die Festsetzung der Urabstimmung als im Widerspruch mit dem Statut stehend bezeichnet und obwohl alle diese Vertreter sich aus den verschiedensten politischen Richtungen zusammensetzen.

Urabstimmung ist der Appell an alle Mitglieder.

Sie sollen die Entscheidung selbst treffen in diesen wichtigen Fragen. Setzt der Vorstand diese Urabstimmung an, so ist er der kommenden Generalversammlung Rechenschaft schuldig. Er übernimmt diese Verpflichtung mit großer Ruhe. Was wäre die Folge, wenn der Vorstand den Protest beachtete und die Urabstimmung absagte? Da eine schnelle Entscheidung erfolgen muß, müßte der Vorstand den anderen Weg gehen, den ihm das Statut bietet,

die Ausschreibung von Extrabeiträgen,

zu der er weder die Zustimmung einer Generalversammlung, noch die der Mitglieder braucht. Diesen Weg hat der Vorstand nicht eingeschlagen, weil er bei allen wichtigen Fragen sich von vornherein im Einverständnis mit der Mehrheit der Mitglieder wissen will. Das ist bei der Urabstimmung der Fall.

Die Ausschreibung von Extrabeiträgen hat der Vorstand aber auch deshalb nicht vorgeschlagen, weil die gleichzeitige

Erhöhung der Streik-, Maßregelungs- und Erwerbslosen-Unterstützung

dann nicht möglich wäre.

Wer gegen die Urabstimmung ist, schädigt mithin den Verband und die Mitglieder in schwerster Weise. Diese Schädigung mag nicht beabsichtigt sein. Das ändert nichts an der Verantwortlichkeit von Handlungen, die von den Protestlern angeklagt worden sind. Man sollte offen sein. Besteht die Absicht, dem Vorstandsmitglied Schwierigkeiten zu bereiten, bitte! Dann aber nicht auf diesem Gebiete, wo die Interessen der Gesamtorganisation zusammenfließen und nicht wieder gutzumachender Schaden angerichtet wird.

Deshalb rufen wir zur Besinnung!

Auf der erweiterten Beiratssitzung haben gerade Vertreter mit der gleichen politischen Auffassung wie die Protestler, sich in schärfster Weise für die Urabstimmung zugunsten der Beitragserhöhung eingesetzt. Mit Recht!

Wer die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit des Verbandes aufrechterhalten und stärken will,

muß für die Annahme der Vorlage durch Urabstimmung mit ganzer Kraft wirken. Wer das Gegenteil macht, schädigt die Organisation, schädigt die wichtigsten Interessen der Mitglieder.

Wir sind überzeugt, daß jeder Versuch solcher Schädigung von der Mitgliedschaft zurückgewiesen wird.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Den Vorsitz führt für jede gemeinsame Sitzung abwechselnd der Vorsitzende des Betriebsrats und der der Beamtenschaft.

Die Reichsregierung kann für die öffentlichen Behörden und Betriebe des Reichs sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich des Dienstverhältnisses ihrer Beamten der Reichsaufsicht unterliegen, die Landesregierungen...

Öffentliche Beamte und Beamtinnen können an der Wahl zum Betriebsrat nicht teilnehmen. (Siehe unter 8.) Durch Art. 130 Abs. 8 der Verfassung ist den Beamten eine besondere Beamtenschaft zugewiesen.

Wer gilt als öffentlicher Beamter oder Beamtinnenwärter? Diese Frage können wir nicht erschöpfend beantworten, das würde zu weit führen. Wir verweisen nur auf den § 359 des Strafgesetzbuches, der als Beamte bezeichnet „alle im Dienste des Reiches oder in unmittelbarem oder mittelbarem Dienste eines Bundesstaates auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellte Personen ohne Unterschied, ob sie einen Dienstfeld geleistet haben oder nicht“.

Diese Frage sowie die Regelung der Beamtenschaft nach § 24 wird für unsere Kollegen wichtig durch die Bestimmungen des § 18.

§ 18. Durch Verordnung der Reichsregierung kann für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reichs sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich der Dienstverhältnisse ihrer Beamten der Reichsaufsicht unterliegen, bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten und Beamtinnenwärtinnen als Arbeiter oder Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind.

Für die öffentlichen Behörden und die Betriebe der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich der Dienstverhältnisse ihrer Beamten der Landesaufsicht unterliegen, können die Landesregierungen entsprechende Verordnungen erlassen.

Geführt dies, so kommen für das Dienstverhältnis der Beamten die §§ 78 bis 80, §§ 81 bis 90, §§ 91 bis 98 nicht in Anwendung.

In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern, die Aussicht auf Übernahme in das Beamtentum haben oder die in den Behörden mit gleichen oder ähnlichen Arbeiten wie die Beamten oder Beamtinnenwärtinnen beschäftigt werden, nicht als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind, wenn ihnen bei der Bildung von Beamtenschaft (Beamtinnen, Beamtinnenwärtinnen) die gleichen Rechte gewährt sind wie den Beamten.

In Betrieben, wo neben den Arbeitern keine Gruppen von öffentlichen Beamten tätig sind, oder öffentliche Beamte mit denselben Arbeiten beschäftigt werden, wie die privaten Arbeitnehmer, können durch Verordnung den Beamten die Rechte und Pflichten des Gesetzes über Betriebsräte zugewiesen werden.

Die Bestimmungen der §§ 18 und 65 kommen vor allem in den Betrieben der Eisenbahn und der Post zur Geltung. Hier wie auch in einer Anzahl anderer Betriebe sind Personen beschäftigt, die als öffentliche Beamte anzusehen sind, und daneben auch Privatpersonen. In diesen Betrieben müssen Betriebsvertretungen gebildet werden nach den Bestimmungen des Gesetzes über Betriebsräte für die beschäftigten Privatpersonen, dann auch Betriebsvertretungen für die öffentlichen Beamten nach den Bestimmungen des nach in Vorbereitung stehenden Gesetzes. Dann wird wieder durch Verordnung ein Teil Privatpersonen dem öffentlichen Beamtentum zugewiesen und die öffentlichen Beamten werden wieder den Betriebsvertretungen der Privatpersonen zugewiesen. Und dann wird abermals durch Verordnung dafür gesorgt, daß der Betriebsrat der Arbeiter dem Beamtentum nicht zu nahe kommt und weiter, daß der Beamtentum sich nicht die Rechte der Arbeiter anmaßt. Weiter wird durch Verordnung oder „Vorchriften“ dafür gesorgt, daß die Beamtenschaft der hohen Staatsbürokratie nicht zu sehr auf den Fuß rückt, und zuletzt haben wir Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, in denen sich niemand zurechtfinden kann.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Beamten in den Reichs- und Staatsbetrieben ist gleich Null. In dem auf Unterwerfung der Arbeiter und Beamten und auf obrigkeitliche Aechtung der Staatsbürokratie aufgebauten autoritären System wird nichts geändert. Trotzdem haben unsere Mitglieder — die ja wohl meist als Privatpersonen in diesen Betrieben beschäftigt sind — auch hier sofort die Wahlen zu den Betriebsräten vorzubereiten. Sie werden sich dann sozial Rechte holen müssen, wie sie für notwendig erachtet.

Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands

II Die Verpflegungsfrage

Auf die Brennstofffrage folgt nach ihrer Bedeutung für die Industrie die Frage der Verpflegung. Denn wenn man auf den Mehl- und Getreidefabriken auf eine Steigerung der Arbeitsleistung, eine Erhöhung der Arbeitslöhne usw. zu sprechen kommt, so kriegt man immer nur dieselbe Frage, dieselbe Forderung zu hören: „Gibt uns mehr Brot, wir werden dann auch mehr arbeiten.“

Was die Verpflegung anbelangt, so hat uns das vorige Jahr eine Vergrößerung unserer Lebensmittelvorräte um ein Vielfaches gegenüber den vergangenen Jahren gebracht. Zum 1. Januar 1920 hatte das Reichsministerium für Verpflegung 90 Millionen Pud Getreide beschafft gegenüber 60 Millionen Pud im vorhergehenden Jahre. Zu dieser Zeit erfolgte auch die Ablieferung der Hälfte dessen, was die Bauern zu liefern verpflichtet waren. Gegenwärtig findet sich in den Speichern der Mätereiprodukte eine solche Menge beschafften Getreides, daß der Bedarf der Arbeiter und Bauern für drei Monate, den April mit eingerechnet, und unter Zugrundelegung der vollen Verpflegungsnorm sichergestellt ist. Wenn die Arbeiter und die Bauern bisher kein Getreide erhalten haben, wenn bisher in dem größten Teil der hungernden und konsumierenden Gebiete eine Verpflegungsstrafe zu beobachten ist, so ist nicht die schlechte Heranschaffung schuld daran, sondern die Unmöglichkeit, das aufgeschickte Getreide fortzuführen, zu verteilen. Die Verpflegungsfrage ist gegenwärtig in hohem Maße eine Transportfrage. Es ist durchaus natürlich kein großer Erfolg, wenn eines der getreide reichsten Länder der Welt bis zum Aprilmonat sichergestellt ist. Wir brauchen natürlich statt der 90 Millionen viele hundert Millionen Pud Getreide, wir müssen die Befestigung des Verkehrsnetzes durchsetzen und müssen es erzwingen, daß jeder Arbeiter und Bauer so viel Brot erhält, wie er wünscht. Gegenwärtig haben wir im vergangenen Jahre in der Brotbeschaffung einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen.

Die Frage der Verpflegung der Arbeiter ist jetzt gleichfalls eine Frage der Instandsetzung von Wagen und Lokomotiven, eine Frage der Zustellung von Brot auf die Fabriken und Werke und der Verteilung unter die Arbeiter und Bauern. Wenn in den Fabriksverwaltungen die Forderung erhoben wird, die wirtschaftliche Front durch die Verpflegung zu durchbrechen, muß erklärt werden, daß diese Front nur durch die Arbeit durchbrochen werden könne, denn an welche Frage der wirtschaftlichen Lage Sowjetrußlands man auch herantritt, ganz gleich ob Transport- oder Verpflegungsfrage, jedesmal stoßen wir auf die Arbeitskraft, die Arbeiter. Das heißt aber, daß in der Republik der Arbeiter und Bauern die wirtschaftliche Lage vollkommen in den Händen der Arbeiter- und Bauernorganisationen liegt. Die Arbeiter- und Bauernmacht braucht nicht Verpflegung und Brennstoffe, sondern muß Lokomotiven in Gang setzen, Brennstoffe und Verpflegung den Fabriken und Werken zuführen.

Es sei hier noch eine auf Futtermittel bezügliche Zahl genannt. Gegenwärtig sind 4 1/2 Millionen Pud Safer beschafft. Die Anlieferung von Wagen erfolgt jedoch nur in einem Umfange von 25 v. H., d. h. ein Viertel dessen, was benötigt wird.

Die Lage der Industrie

Alle aufgeführten Gründe haben die Gesamtlage der Fabrikindustrie und die wirtschaftliche Lage von Sowjetrußland bedingt. Man muß sagen, daß wir es gegenwärtig fast ausschließlich mit einer vergesellschaftlichten, einer nationalisierten Industrie zu tun haben. Früher, im ersten Jahre nach der Oktoberrevolution, bildeten die Fragen der Nationalisierung und Organisation der Industrie usw. die wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens. Anhänger und Gegner der Nationalisierung waren vorhanden, Anhänger und Gegner von Trusts, Anhänger und Gegner einer Konzentration der Produktion usw. Ich glaube, daß für den gegenwärtigen 3. Kongreß der Volkskammer diese Frage bereits praktisch gelöst ist und eine weitere Diskussion unnötig macht. Im vorigen Jahre habe ich in meinem Bericht auf die Zahl der nationalisierten Unternehmen, ich glaube circa 1125, hingewiesen. In diesem Jahre besitzen wir etwa 4000 nationalisierte Unternehmen. Das heißt, daß nahezu die gesamte Industrie in die Hände des Staates und der Mätereorgane übergegangen und daß die Industrie privater Eigentümer und Fabrikanien vernichtet ist, denn die Statistik führte rund 10000 Fabrikunternehmen einschließlich der Heimarbeitbetriebe auf. Mehrere unterliegen nicht der Nationalisierung, und die 4000 nationalisierten Fabrikunternehmen umfassen nicht nur die Großindustrie, sondern auch einen bedeutenden Teil der mittleren Industriebetriebe in Sowjetrußland.

Von diesen Unternehmen sind gegenwärtig circa 2000 in Betrieb, alle übrigen sind geschlossen und stehen still. Beschäftigt sind gegenwärtig nach vorläufigen Berechnungen eine Million Personen. Hiervon ist zu ersehen, daß die Fabrikindustrie auch hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Personen eine Krise durchmacht, die bedingt ist durch die eben dargelegten Ursachen, d. h. die Krise in der Beschaffung von Koh- und Brennstoffen und die Krise im Transportwesen.

In der Fabrikindustrie ist von besonderer Bedeutung die Krise auf dem Gebiete der lebendigen Arbeitskraft, denn selbst bei der Organisation solcher Zweige der Industrie, die unser Meer versorgen, haben wir ständig wegen Mangel an qualifizierten Arbeitern zu kämpfen. Mitarbeiter waren wir weder und monatelang nicht in der

Industrie gegenüberstellen, was sich besonders gut im Runde ehemaliger Sozialisten ausnimmt, die heute noch den wahren Sozialismus vertreten wollen...

Wo liegen die Ursachen dieser Erscheinung? In folgenden soll versucht werden, eine Antwort auf diese Frage zu geben, gleichzeitig aber auch die Einwände gegen die Sozialisierung zu prüfen sowie die Methoden zu deren Durchführung, wie sie von Anhängern ausprobiert werden, wiedergegeben und schließlich die „Sozialisierungsmaßnahmen“ der Regierung kritisch zu beleuchten. Ruß man die positiven Resultate Sowjetrußlands kennen lernen, um aus ihnen zu ersehen, welche Schritte in dieser Richtung festgelegt sind und wohl sich vermeiden lassen, so ist unangebracht auch notwendig, die für den Sozialismus negative Tätigkeit der deutschen Regierung und deren Resultat vor die Augen zu führen, um sich zu überzeugen, ob der „deutsche“ Weg besser sei als der „russische“, ob er größeren und besseren Erfolg für die Arbeiterklasse verspricht als der russische. Es kann uns natürlich nicht darum kümmern, alle Einwände, die von den Unternehmern und ihren Selbstregierern vorgebracht werden, hier zu wiederlegen oder auch nur zu erwähnen. Ebenfalls ist es möglich, alle Sozialisierungspläne, die im Laufe der ersten Revolutionen so zahlreich waren, zu prüfen. Wir wollen uns vielmehr auf einige der wichtigsten Sozialisierungsprogramme beschränken, die an und für sich besonders beachtenswert sind oder aber von hervorragenden Vertretern der Wissenschaft und der Praxis vorgeschlagen werden. Zunächst soll aber dieser Abhandlung eine allgemeine Betrachtung über die Reize Deutschlands für den Sozialismus vorausgeschickt werden.

Als in Rußland die Revolution von 1917 ausbrach, erbrachte dort ein heftiger Streit darum, ob Rußland für den Sozialismus reif sei. Wir sind geneigt, die Reize eines Landes für den Sozialismus von dem Entwicklungsgrad der Wirtschaft abhängig zu machen. Zuerst denken wir an das Bild der kapitalistischen Entwicklung des Krieg in geistiger Weise im „Kapital“ angeordnet hat. Ist es aber unbedingt notwendig, daß ein Land diese hohe Stufe der Entwicklung erreicht, wie sie durch den Krieg geschahert wird, um für den Sozialismus reif zu sein? Reineinweg.

Die Reize zum Sozialismus, sagt R. Luxemburg (Die Diktatur des Proletariats, Wien 1919, S. 112), ist nicht etwas, was sich festsetzen läßt und bestimmen läßt, eher wird so weit sind, praktisch die Reize auf Grund der Lage zu machen. Auf jeden Fall hat man nicht, bei der Entscheidung der Frage die materiellen Vorbedingungen

zage, die Zahl qualifizierter, vorgebildeter Arbeiter aufzutreiben, die die Fabriken benötigten, um die rote Armee mit Gewehren, Maschinen, Geschützen und Kanonen zu versehen, Wostok zu retten und die weißgardistischen Banden zu vernichten.“ Wegen 20 bis 30 Arbeitern, die wir nicht finden konnten, hatten wir mühsam die größten Schwierigkeiten. Wir schickten nach ihnen auf der Arbeitsbörse, bei den Gewerkschaftsverbänden, bei den Truppen und in den Dörfern. Eine der gefährlichsten Erscheinungen des gegenwärtigen Wirtschaftslebens ist die Verengung des Wertvollsten, was die Produktion besitzt — der lebendigen Arbeitskraft. Diese Erscheinung hat jetzt einen ungeheuren Umfang angenommen und wir können manche mit Brenn- und Rohstoffen versorgte Unternehmungen wegen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften nicht in Betrieb setzen.

Alle obigen Gründe haben dazu geführt, daß die Mätereicht nicht einmal jene Maschinen, die zu ihrer Verfügung standen, hat ausnutzen können. Ein großer Teil der Fabrikunternehmen kam zum Stillstand, teilweise wurde der Betrieb nur in einzelnen Werkstätten aufrecht erhalten. Die nationalisierten Unternehmungen sind die größten von allen und von diesen sind circa 700 stillgelegt. Nationalisiert sind insgesamt mehr als 41 v. H. der Unternehmungen, einschließlich der Kleinbetriebe, auf denen 76 v. H. der Arbeiterkraft beschäftigt sind. Das heißt, daß diese 41 v. H. nationalisierter Unternehmungen mehr als drei Viertel der gesamten nationalen Produktion umfassen. In Betrieb sind gegenwärtig jedoch nur 57 v. H. der Unternehmen, während 43 v. H. stillstehen.

Was die Organisation der nationalisierten Unternehmungen anbelangt, so ist ein großer Teil von ihnen in Trusts zusammengefaßt und unterliegt der Leitung einer entsprechenden Zentralkommission. Auf diese Weise ist der Zusammenschluß bei 30 v. H. der Unternehmungen durchgeführt.

Die metallurgische Industrie

Die Gesamtzahl der vorhandenen Stillstände beträgt 191. Von diesen sind 614 nationalisiert, circa 160 zusammengefaßt. Im vergangenen Jahre wurden 40 Millionen Pud Metall für den Bezug freigegeben, was circa 30 v. H. des staatlichen Bedarfs ausmachte. Von diesen 30 v. H. sind jedoch nur 15 v. H. ausgenutzt worden. Bis Januar 1920 haben wir in Sowjetrußland, den Ural einbezogen, insgesamt 25 Millionen Pud Eisen und Stahl, circa 5 Millionen Pud anderer Metalle, 6000 Pud Nügel und circa 3 Millionen Pud anderer Artikel aufzuweisen. Das ist weniger als ein Viertel dessen, was zur Aufrechterhaltung unserer Industrie absolut notwendig ist. Und auch das ist uns nur möglich geworden, weil jetzt die Uralbetriebe hinarbeit gekommen sind, die uns eine gewisse Grundlage für die metallurgische Industrie und die Metallverarbeitung des Landes bieten. Bis zur Wiederherstellung des Ural waren in Sowjetrußland alle Hochöfen ausgeblasen, nicht ein einziges Pud Metall wurde erzeugt und wir lebten ausschließlich von den Vorräten, die wir in den Niederlagen, Fabriken und Werken vorfinden. Der Ural ist auch gegenwärtig nicht still in Betrieb. Wie erwähnt, hat Koltchal bis zu 90 v. H. aller Techniker und eine ungeheure Zahl qualifizierter Arbeiter verschleppt. Zudem war ein großer Teil der Werke beschädigt und betriebsunfähig gemacht worden.

Nach den letzten eingetroffenen Nachrichten sollen im Gebiet von Tomsk und hinter Tomsk erhebliche Mengen besser gefunden worden sein, was Koltchal von den Uralwerken sorgfältig hatte. Jetzt findet der Rücktransport aller dieser Gegenstände statt und wir werden demnach in der Lage sein, einen großen Teil der Betriebe am Ural in Gang zu setzen.

Gegenwärtig sind dort von 87 Hochöfen 14 in Betrieb. Sie können bis zu 1 Million Pud Roheisen erschmelzen, d. h. nicht einmal 20 v. H. der normalen Friedensleistung. Von 80 Mätereicht sind in Betrieb 16, die 132000 Pud liefern, was ungefähr 25 v. H. gegenüber der Friedensleistung ausmacht. Von 14 Hüttenwerken sind 6 in Betrieb usw. Insgesamt werden gegenwärtig am Ural 100000 Arbeiter beschäftigt, d. h. die Hälfte der im Frieden auf den Uralwerten beschäftigten Arbeiter. Berücksichtigt man die Verkürzung der Arbeitszeit noch außerdem, so erhält man eine Leistung von circa 40 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Frage der Arbeitskräfte, der Erhöhung der Arbeiterzahl, der Arbeitsleistung auf den Uralwerken muß unter allen Umständen ihre Lösung finden, da sich sonst die Metallkrise von Tag zu Tag verschärfen wird. (Über die Lage und Aussichten der Industrie und des Bergbaus im Ural werden wir einen besonderen Bericht folgen lassen, der dem „Ekononikaheskoja Shiany“ vom 28. Oktober 1919 entnommen ist. D. N.)

Die metallbearbeitende Industrie

Um von der Lage der metallbearbeitenden Industrie im Rußland ein anschauliches Bild geben zu können, seien hier zum Vergleich die entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1913 angeführt. So haben z. B. die Lokomotivbauanstalten 1919 eine Leistung von 40 v. H., höchstens von 50 v. H. gegenüber 1913 aufzuweisen gehabt. Hierbei sind auch die reparierten Lokomotiven mit eingerechnet, obgleich die Fabriken erst im vorigen Jahr für Instandsetzungsarbeiten hergerichtet wurden. Der Wagenbau ist auf circa 10 v. H., die Herstellung von Reserveteilen auf 30 v. H. gesunken. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf den anderen Gebieten der Metallbearbeitung, wobei die Leistung der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen 30 bis 40 v. H. gegenüber der Leistung von 1913 beträgt. Eine Ausnahme machen nur die Senfen mit 123 v. H. und die Sichel mit 84 v. H. Die Herstellung von Pflügen, Eggen, Getreideschwingen, Dreschmaschinen usw. schwankt

des Sozialismus zu sehr in den Vordergrund zu schieben, wie das so häufig geschieht. Gewiß, ohne eine gewisse Höhe des Großbetriebes ist kein Sozialismus möglich, aber wenn man behauptet, der Sozialismus werde erst dann durchführbar, wenn der Kapitalismus nicht mehr imstande sei, sich weiter zu entwickeln, so heißt jeder Beweis dafür, warum denn so sein muß. Richtig ist nur, daß der Sozialismus um so leichter durchführbar wird, je mehr der Großbetrieb entwickelt ist, also je weniger Betriebe gesellschaftlich zu organisieren sind. Doch gilt das nur für das Problem vom Standpunkt eines bestimmten Staates aus gesehen. Der Vereinfachung des Problems in diesem Rahmen wird jedoch entgegen, daß mit dem Wachstum seines Marktes die Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und des internationalen Verkehrs und damit jene Erweiterung und Komplizierung des Problems der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und in Hand geht. Es liegt indes kein Grund vor, anzunehmen, daß in den modernen Produktionsstaaten mit ihrem Bankwesen und ihren Unternehmernorganisationen eine Organisation des größten Teils der Produktion von Gesellschaften wegen durch Staat, Gemeinde, Konsumgenossenschaften nicht heute schon möglich sein sollte.

Entscheidend ist nicht mehr der materielle, sondern der persönliche Faktor: Ist das Proletariat stark und intelligent genug, diese gesellschaftliche Regelung selbst in die Hand zu nehmen? Das heißt, besitzt es die Kraft und die Fähigkeit, die Demokratie aus der Politik in die Ökonomie zu übertragen? Das läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen, das ist auch ein Faktor, der in verschiedenen Staaten sehr verschieden entwickelt ist und der im gleichen Lande zu verschiedenen Zeiten sehr schwanken kann. Denn ausreichende Kraft und Fähigkeit sind relative Begriffe. Dasselbe Ausmaß von Kraft kann heute unzureichend sein, wenn die Gegner stark sind, und morgen völlig ausreichend, wenn diese einen moralischen oder ökonomischen oder militärischen Zusammenbruch erliden.

Und ebenso kann dasselbe Ausmaß an Fähigkeiten heute vorhanden sein, wenn man in einer höchstentwickelten Situation ans Ruder kommt, und es kann morgen allen Anforderungen gewachsen sein, wenn inzwischen Ärerer, einfachere oder materiell besser hünderte Verhältnisse eingetreten sind. Nur die Praxis kann in jedem Fall zeigen, ob das Proletariat schon wirklich reif ist zum Sozialismus. Mit Bestimmtheit läßt sich nur folgendes sagen: Das Proletariat nimmt unaufhörlich zu an Zahl, Kraft und Intelligenz, es nähert sich immer mehr dem Zeitpunkt seiner Reife. Wohl läßt sich nicht

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland

I.

Die Reize Deutschlands für den Sozialismus

Deutschland war vor dem Kriege der entwickelteste Industriestaat des europäischen Kontinents mit der stärksten Arbeiterbewegung. Deutschland hat ein breites die volkswirtschaftliche Theorie, speziell den Kapitalismus ausgebildet. Man könnte daraus wohl annehmen, daß Deutschland auch in der Frage der praktischen Durchföhrung des Sozialismus den übrigen Ländern voraus sein werde. In Wirklichkeit hat die deutsche Arbeiterbewegung, der Sozialismus nicht ausgedehnt, in dieser Beziehung völlig versagt. Von den zahlreichen Versuchsversuchen über das Sozialisierungsproblem der letzten Zeit lohnt sich kaum einer zu nennen. Selbst ein so hervorragender Kopf wie R. Fischer, der auf dem Gebiete der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte ungemein erfolgreich gearbeitet hat, wußte zum Problem der Sozialisierung herzlich wenig zu sagen. Er glaubt, die Unmöglichkeit der Sozialisierung dadurch beweisen zu können, daß er auf die internationalen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands, seine Verfassung, die Lage des Krieges und die Entwicklung der Produktionskräfte hinweist. Die meisten, die sich gegen die Sozialisierung wehren, halten es auch für notwendig, auf das obige „Beispiel“ Sowjetrußlands hinzuweisen, ohne die wesentlichen Sozialisierungsversuche in Sowjetrußland zu kennen, noch weniger die Ursachen deren Mißerfolge feststellen zu können. Auch die Kritiker des Gesetzes R. Schmidt zu dieser Frage haben unter jenen früheren Leistungen, wie feiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution“, Richard Bartschels hat von Genosse Professor Salles mit seiner kritischen Untersuchung über die Verwirklichungsmöglichkeiten des Sozialismus geliefert. Professor Willbrandt hat ein ausgezeichnetes Buch über Sozialismus geschrieben, das aber ebenfalls von den wesentlichen Verhältnissen nach nicht abhandelt. Die meisten Sozialisten hefe Arbeit über die Sozialisierungsfrage ist die Schrift von Genosse Otto Bauer, der das Problem vielfach und mit großem Geschick zu lösen versucht.

Im allgemeinen aber hat die deutsche volkswirtschaftliche Theorie in dieser Frage versagt, noch mehr aber die Praxis, die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung, die das Leben in kapitalistischer, nicht in sozialistischer Richtung lenkt. Die jetzigen Leiter der Wirtschaftspolitik sind nur soweit eingeleitet, daß sie Produktion und Sozial-

bezogen zwischen 43 bis 20 v. S., Plüze 43 v. S., Sagen 26 v. S., ...

Das gleiche Bild zeigt auch der Maschinenbau. Die Leistung be- ...

Die Zahl von 30 bis 40 v. S. gilt fast für alle wichtigen In- ...

Die Textilindustrie

34 Jahre nach dem Ausbruch der Textilindustrie, die ...

Noch schlimmer sieht es hinsichtlich der Spinnerei. Von den ...

Diese Beschränkungen sind für die ganze Textilindustrie ...

Gegenwärtig verfahren wir über 487 000 Spinnstühle, während ...

Um die Textilindustrie nicht als ein wenig glückliches ...

Die Gesamtfrage ...

Die Textilindustrie ...

Welches Gebiet unseres Wirtschaftslebens wir auch betrachten ...

Einige Maßnahmen ragen aus diesem Gesamtbilde hervor. ...

Das Hauptproblem ...

Das Hauptproblem ...

Das Hauptproblem ...

Table with 4 columns: Item, 1913, 1914, 1915. Rows include Textilindustrie, Maschinenbau, etc.

Die Zahl der Arbeiter beträgt ...

Die Industrie hat uns gezwungen, um eine völlige Stilllegung ...

Neue Produktionen haben wir auf dem Gebiete der Textil-, ...

Alle diese Lichtseiten im Bilde unserer Industrie können ...

So werden bei Kaschira im Winter Eisenbetonarbeiten ...

Es ist uns unter Ausnutzung aller Kräfte gelungen, im Laufe ...

Alle diese Einzelfälle sind Einzelbilder aus dem Wirtschaftsleben ...

Zur Schmiedekonferenz

In Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung schreibt der Kollege ...

5,35 Millionen von insgesamt 14,35 Millionen tätig waren ...

Diese Zahlen erklären und nicht nur die Tatsache, daß der ...

Zu allem muß man noch im Auge behalten, daß sich ...

Die Organisationsbestrebungen der Kleinisenindustriellen

In Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung (siehe Artikel Sozialismus, ...

Verzweigung der bergisch-märkischen Arbeitgeberverbände ...

An den Arbeitgeberverband der Metall- und Kleinisenindustrie ...

Wir erlauben uns, Ihnen mitzutellen, daß die Verzweigung ...

Der Hauptzweck der Verzweigung besteht darin, ...

Eine weitere Aufgabe der Verzweigung soll es sein, ...

Es ist geplant, die Verzweigung zunächst als ...

Wir bitten Sie, die Verzweigung sofort mit der Arbeit ...

Wir stehen zu jeder weiteren Auskunft gerne zur Verfügung ...

Dieses Schreiben ist nach ...

Unseren Kollegen, die in der Metallarbeiter-Zeitung ...

organisierten Teile der Arbeiterschaft, vor und während ...

Dieser Bürgerkrieg hat nicht nur den Krieg, sondern auch ...

Sitzung des erweiterten Beirats

Der erweiterte Beirat hielt in den Tagen vom 19. bis 23. Februar 1920 eine Sitzung in Stuttgart ab. An derselben nahmen teil:

Vom erweiterten Beirat:

- A. Schötle (Königsberg), Engelle (Stettin), Köpper (Danzig), Joh. Limm (Breslau), Paul Hoffmeister (Kattowitz), Fritz Karl (Neufals a. O.), Otto Ullrich (Zürich), Rudolf Busch (Brandenburg), A. Lieberich (Leipzig), Ludwig Kühn (Chemnitz), Friedrich Blund (Zwickau), Kurt Kaulfers (Magdeburg), Willy Köpfer (Halle), Aug. Lang (Gotha), G. Garbe (Ahl), G. Kemptens (Hamburg), R. Langgraf (Bremen), Karl Gräffingholt (Solingen), Walter Dettlinghaus (Göteborg), Karl Hochhut (Düsseldorf), Gg. Bernard (Frankfurt a. M.), Wilh. Fischer (Neuwied), Fern. Schmidt (Weimar), Ernst Reichle (Göppingen), Gust. Schulenburg (Karlsruhe), Karl Fischer (Aubödingen), R. Bernhauer (Mugaburg), Paul Rher (Erlangen), Gg. Umrath (Münster), Paul Edert (Berlin), Otto Schumann (Berlin), Arthur Zeltner (Berlin).

Vom Ausschuss:

Konrad Lang (Frankfurt a. M.).

Von der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung: R. Müller und W. Gaase.

Von den Bezirksleitern:

Ed. Bauer (Stettin), O. Handke (Breslau), Hermann Schöffler (Berlin), W. Liebe (Dresden), O. Vogt und R. Köhr (Gotha a. G.), D. Schulz (Hamburg), Karl Spiegel und R. Wallbrecht (Düsseldorf), R. Schott (Frankfurt a. M.), R. Wöhrdinger und E. Schod (Stuttgart), R. Ehner (Münster), Oskar Busch und Otto Hista (Berlin) sowie der gesamte Vorstand.

Die Tagesordnung war vorgesehen:

1. Lohnbewegungen;
2. Stellungnahme zur Erhöhung des Beitrags;
3. Abhaltung von Bezirkskonferenzen;
4. Neueinteilung der Bezirke;
5. Betriebsräte;
6. Unter Verhältnis zu anderen Organisationen;
7. Beratung der Anträge der Generalversammlung und der Bezirkskonferenzen;
8. Geschäftliches.

Rufsch (Berlin) wünscht eine Umstellung der Tagesordnung, jedoch der 5. Punkt schon als 2. Punkt behandelt wird, da unsere Kollegen im Grunde auf eine Wahlparole zum Betriebsrätegesetz warten. Der Antrag wird jedoch abgelehnt im Hinblick darauf, daß die Tagesordnung organisch gegliedert ist und ein Punkt vom anderen abhängt, eine Verschiebung auch nicht eintritt, da es sich bei der Verschiebung der Beratung nur um einen Tag handeln würde.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung führt Dismann vom Hauptvorstand etwa folgendes aus: Seit Ausbruch der Revolution befindet sich der Verband ständig in Lohnbewegungen. Durch die Maßnahmen der Regierung über die erhöhte Ablieferungsprämie für Brot und Kartoffeln zu Ende vorigen Jahres wurden weitere Lohnbewegungen erforderlich. Vom Gewerkschaftsbund wurde eine Entschädigung angenommen, nach welcher eine bestimmte Vergütung nach der Kopfzahl der zu versorgenden Familienangehörigen von den Unternehmern gefordert werden sollte. Die Bewegung sollte nicht für einen einzelnen Industrie- oder Gewerbezweig, sondern für alle einheitlich erfolgen. Der Vorstand hielt die Entschädigung des Gewerkschaftsbundes für falsch und stellte sich auf den Standpunkt, daß ein Lohnausgleich entsprechend dem gesamten Lohnverhältnis — und nicht nur für die Gewährung von Ablieferungsprämien — geschaffen werden müsse, doch nicht nach der Kopfzahl der zu versorgenden Familienangehörigen, sondern einheitlich und an der Einkommenshöhe der Familienmitglieder des einzelnen. Auf dieser Grundlage hat sich bisher unsere Lohnpolitik bewegt; auf ihr basieren unsere Tarifverträge und Abkommen über die Lohnverhältnisse auf. Wenn in dem vorliegenden Fall davon abgewichen worden wäre, dann könnte die gleiche Forderung in jedem weiteren Falle der fortgesetzten Lohnerhöhung eintreten. Das würde zu unbilligen Unterschieden führen. Die Kollegen im Reich waren fast durchweg mit dieser Ansicht einverstanden; auch andere Gewerkschaften stützten den Ausschuss des Gewerkschaftsbundes nicht zu.

Das Tempo der Bewegungen über den Lohnausgleich war in dem ersten Wochen langsam, auch hatte der Vorstand keine Unterlagen. Jetzt ist die Verleiderhaltung besser; sie muß aber noch in allen Teilen verallgemeinert werden. Das ist wertvoll für die gesamte Organisation. Die Ergebnisse des Lohnausgleichs sind noch nicht abgeschlossen und wir haben bereits am Beginn einer neuen Periode. Wir besorgen uns, daß sich der Abstand der Lohnhöhe zwischen bestimmten Orten fast vermindert und daß die Unterschiede in den einzelnen Unterabteilungen während erfreulicherweise zwischen getrennten, angeordneten und ungetrennten Arbeiter eine gewisse Annäherung stattfindet.

Der Beirat schildert die Ergebnisse der Lohnbewegungen in den einzelnen Bezirken, beginnend beim 1. Bezirk. Diefeldt kritisiert die Frage, in welcher Form der Lohnausgleich erfolgen soll, ob Lohnausgleich oder Aufbesserung des Grundlohns. Der Vorstand hat sich für das letztere entschieden. Wir müssen zusehen, daß die Ertragsgewinne verschwinden und daß die Grundlöhne erhöht werden. Bis jetzt war zu verstehen, daß die Form nicht das Entscheidende war. Aber nunmehr gilt es, einen einheitlichen Grundlohn herbeizuführen. Für die Gewerkschaft mit Tarifverträgen von längerer Zeitdauer konnte bei dieser Lohnbewegung nicht von einem Tarifvertrag gesprochen werden. Die Unternehmer mußten einsehen, daß ein solcher nicht in Betracht kommt. Redner bespricht darauf die Ferienfrage, der sich ein Teil der Unternehmer sehr hartnäckig entgegenstellt. Wir müssen dahin arbeiten, daß Ferien schon nach kurzer Tätigkeit und für alle in der Industrie tätigen Arbeiter in Betracht kommen. Ferien müssen bald eintreten, nicht erst, wenn die Arbeitslosigkeit verheerend ist. Das die Arbeitszeit unbedeutend ist, ist zu vermeiden, daß die Unternehmer planmäßig in außerordentlicher Verbindung mit der Reichsregierung auf eine Verlängerung hinarbeiten. Auf eine Beschränkung wegen der Arbeitszeit in Berlin ist vom Arbeitsministerium erklärt worden, daß die Produktion durch die Verlängerung der Arbeitszeit erhöht werden muß. Wir müssen daran festhalten, daß das hauptsächlich der Arbeitszeit Erhöhung ist; freiwillig gehen wir davon nichts mehr. Die Erhöhung der Produktion muß auf anderem Wege erfolgen.

Die Frage einer gleitenden Lohnskala ist zuerst allgemein. Im Grundprinzip können wir nicht dagegen sein, daß man kommt zu dem Punkt die Löhne nachgezogen und mit den steigenden Preisen erhöht werden. Bedingungslos können wir eine gleitende Lohnskala nicht ablehnen. Grundbedingung ist:

1. Das soll bei der Festsetzung zugrunde gelegt werden? Unter diesen Umständen nur die realisierten Lohnausgleichs. Die Klassen sind gegeben, sich Lohnausgleich im Ergebnis zu beschaffen, es muß also der Gesamtschicksal eingegliedert werden.
2. müssen wir uns freie Hand behalten, daß über den Lohnausgleich des Lohnes mit der Lenkung der Reallohn eine weitere Aufbesserung erfolgt.
3. Was oben gesagt, werden jetzt Schiedsgerichte angeordnet, die das Schiedsgericht so gut wie unmöglich machen. Wir können diese Art Schiedsgericht ablehnen. Das Recht der Bewegungsfreiheit müssen wir uns vorbehalten.

Hinsichtlich der Streitigkeiten sind wir nach dem Verhältnis zu den Arbeitgeber zu sehen. Wir haben in sehr unangenehmen Verhältnissen. Doch, wo der Verhandlungsweg möglich ist, müssen wir ihn beschreiten.

Redner kommt auf den Kampf in Solingen zu sprechen und bespricht zunächst die Ursachen desselben. Die Produktion des Gewerkschafts durch den dortigen Aktionsausschuss war des verheerend, was geschah, konnte. Wir verurteilen und energisch gegen die Gewerkschaft der Aktionsausschüsse in unsere Lohnkämpfe. Diese können nur von der Gewerkschaft in die Hand genommen und von ihr durchgeführt werden. Die von den Unternehmern in Solingen

aufgestellten 15 Bedingungen sind unannehmbar. Obgleich die Organisation den Kampf nicht eingeleitet hat, können wir unsere Kollegen nicht im Stich lassen, wenn solche Bedingungen unterbreitet werden, wie sie in den 15 Punkten vorliegen. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß wir das ausbaden müssen, was uns andere eingebracht haben. Jeder Beobachter, der unsere Kämpfe studiert, wird zugeben müssen, daß wir oft vor einer Entwicklung stehen, die uns jagen läßt, bei einem rechtzeitigen Eingreifen der Organisation wäre es nicht so weit gekommen. Die Frage der Lohnbewegungen ist einzig und allein Sache der Gewerkschaften. Diejenigen, die glauben, dem revolutionären Kampf damit dienen zu können, wenn sie sich in die Lohnkämpfe der Gewerkschaften einmischen, täuschen sich. Letzten Endes wird damit die revolutionäre Bewegung selbst geschädigt.

Die Einhaltung unseres Verbandstatuts bei Lohnkämpfen muß selbstverständlich sein. Der Vorstand muß auch bei Abwehrbewegungen daran festhalten, daß eine vorübergehende Verständigung erfolgt. Es kann nicht von 48 Stunden abhängen, ob ein Streit ausbricht oder nicht; es kommen stets eine Reihe von Voraussetzungen in Betracht, die zu berücksichtigen sind. Zum Schluß spricht Redner über die auf 1. April ablaufenden Tarifverträge und über den Nachrichtenbericht an die Verwaltungen.

Während der Ausführungen von Dismann ist von den Berliner Kollegen eine Lohn- und Lebensmittelfrage der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenausschüsse der Groß-Berliner Metallindustrie vorgelegt worden. In der jetzt einfindigen Diskussion bespricht zunächst

Rufsch (Berlin) diese graphische Tabelle. Aus derselben geht hervor, daß in Berlin die Löhne eine vierfache, die Lebensmittelpreise eine sechsfache Steigerung erfahren haben. Demgegenüber sind die Unternehmerzuschläge um das zehnfache gestiegen. In seinen weiteren Ausführungen beklagt Redner die Uneinigkeit der Arbeiter und spricht über die Hartnäckigkeit der Unternehmer, die in besonderer Maße seit dem letzten Streit hervortritt, aber auch herbeigeführt ist durch die politischen Streitigkeiten, durch das Aufbauen der Dinge und durch die unbedachte Kritik. Der in Berlin bewilligte Lohnausgleich befriedigt nicht; er wurde in dem Gedanken angenommen, daß später mehr herausgeholt werden kann. Redner verlangt, daß der Vorstand auf das Arbeitsministerium einwirkt, damit auch die unorganisierten Unternehmer gezwungen werden, die Lenkungspläne zu befolgen. Er erläutert ferner die Versuche, die im Kohlenbergbau mit der Ferienfrage gemacht worden sind, und bespricht dann die gleitende Lohnskala. Er glaubt, daß diese gefährlich für uns werden kann im Hinblick auf die Absichten der Regierung, die Betriebe zu befrachten. Wenn die Bestimmungen alle eingehalten werden sollen, die zur Befriedigung der Betriebe vorgegeben sind, kommt dies einem völligen Verbot der Streiks gleich. Redner glaubt, daß bei den Abwehrkämpfen die Bezirke selbständig arbeiten müssen. (Zurufe: Das Statut muß eingehalten werden.)

Dismann vom Hauptvorstand trägt einiges nach über die Kämpfe in Braunschweig und in Schmalfaden, bei denen nach Auffassung des Vorstandes ein früheres aktives Eingreifen der Bezirksleitung notwendig gewesen wäre, und wenn dies nicht möglich war, der Vorstand genauen werden mußte. Diese Vorgänge bei genannten Kämpfen, ebenso einige Erscheinungen im 4. Bezirk hätten den Vorstand bedenklich gestimmt.

Enher (Münster) bespricht die Lohnbewegungen im 10. Bezirk und bringt einige Mindermeinungen zu den Ausführungen von Dismann in seinem Referat. Im allgemeinen ist er mit dessen Ausführungen vollständig einverstanden. Eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten ist notwendig. Grundfällige Fragen müssen im Interesse der Organisation ihre Erledigung finden. Redner spricht gegen die Schreibweise der M.-Z. Die vielen neuen Kollegen, die seit der Revolution in den Verband aufgenommen wurden, verstehen die gewerkschaftlichen Grundsätze noch nicht. Hier sei ein dankbares Feld für Aufklärung.

Lieberich (Leipzig) hat aus den Ausführungen von Dismann die Ansicht gewonnen, daß der Vorstand eine gleichmäßige Erhöhung der Löhne in den Bezirken haben will. Er widerspricht dem. Wir haben keine einheitliche Lenkungsstelle. Zum Teil ist in den Bezirken, wo die Löhne zurückgeblieben sind, die Lebenshaltung besser als in anderen Bezirken. Redner hält die Ansicht, daß wir den Zeitpunkt der Kämpfe bestimmen können, für eine Illusion; bei dem kurzfristigen Abschluß unserer Verträge haben die Unternehmer die Möglichkeit, uns den Kampf aufzuzwingen. Ob wir dabei finanziell gut oder schlecht stehen, kann nicht in Frage kommen. Wenn wir uns gegen andere Organisationsgebilde wenden und wenn wir die Leitung in der Hand behalten wollen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in vollem Umfang zu vertreten. Redner spricht gleichfalls über die Streiks in Braunschweig und Schmalfaden und glaubt, daß die Bezirksleiter in solchen Fällen eingreifen müssen auf die Gefahr hin, ihr Ansehen einzubüßen. Wie der Kollege Rufsch, verlangt auch Redner, daß im Reichsarbeitsministerium ein anderer Standpunkt in bezug auf die Rechtsverbindlichkeit der Tarife eingenommen wird, damit diese nicht nur für die Industrie, sondern auch für das Handwerk gelten.

Schulenburg (Karlsruhe) freut sich über die Stellungnahme, die der Vorstand gegenüber der Führung unserer Lohnbewegungen einnimmt. Er beklagt, daß die Schreibweise der M.-Z. nicht im Einklang mit dieser Stellung und mit dem Kampfgeist des Vorstandes steht. Dismann und die Minderheiten seien uns in ganz richtiger Weise, daß das Statut und der Justizweg maßgebend ist. Auf der anderen Seite müssen wir aber die Phantasie der M.-Z. lesen. Diese wickeln auf die Massen, die durch solche Phrasen aufgeputzt werden. Die Schreibweise der Zeitung muß der Vorstand mehr in Einklang bringen mit dem, was er vor uns verlangt. Die Ausführungen von Rufsch über die Rechtsverbindlichkeit der Tarife unterschreiben wir. Zu beachten ist aber doch auch, daß wir uns früher mehr auf andere Städte berufen haben. Wir müssen das heute auch tun und Sorge tragen, daß der Gewerkschaftsgebäude mehr in den Vordergrund tritt. Zum Schluß verlangt Redner vom Vorstand nochmals, daß er konsequent bleibe und daß Worte und Taten nicht verschieden sein dürfen.

Rufsch (Berlin) bespricht die Dinge dürfen nicht so oberflächlich betrachtet werden, wie es hier im Beirat geschieht. Wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so weiter entwickeln wie jetzt, gehen wir schweren, großen Rückschlägen entgegen und die Gewerkschaft muß damit rechnen, daß sie diese nicht mehr finanziell unterstützen kann. Redner bespricht, daß an dem Streit in Solingen die Betriebsrätezentrale in Halle mit Schuld trägt. Keine einzige Körperschaft in Rheinland-Westfalen ist der Betriebsrätezentrale angehörend. (Zuruf: Stimmt nicht!) Redner glaubt, daß unsere Verbandsratsbeschlüsse niemand hindern und zwingen können, eine andere Auffassung zu vertreten. Der Kampf der Geister wird anders ausgegossen werden müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus habe der letzte Verbandstag eine andere Kampf- und Organisationsbasis beschließen. Wenn wir diese Beschlüsse verwirklichen, dann besteht eher die Möglichkeit, unsere Kämpfe besser zu führen. Auch das Betriebsrätegesetz wird unserer Organisation andere Kampfformen aufzuzwingen. Wir müssen auch politische Streiks in Frage behalten. Diese müssen kommen im Hinblick auf die Gewaltmaßnahmen der Regierung. Die Gewerkschaft wird diese politischen Streiks nicht in die Hand nehmen können. Dazu muß eine andere Führung da sein und da sollte man nicht die Kollegen anrufen, die den Boden suchen, auf dem politische Streiks haben können. Den Kommunisten gegen die M.-Z. steht eine ganze Reihe Sandgebirge gegenüber, die mit der Festung der Führung einvernehmlich sind. Wir haben die Aufgabe, unsere Kollegen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu schildern. Das wir aufgeputzt hätten, kann uns niemand nachsagen.

Lang (Gotha) bespricht die in Sicht befindlichen schweren Kämpfe im 5. Bezirk und die besonderen Verhältnisse in Gotha. Mit der Schreibweise der Zeitung sind die Gothaer Kollegen einverstanden. Er glaubt, daß mancherorts die örtliche Parteipresse zu sehr ist; in solchen Fällen ist es nicht anders möglich, als daß die Schreibweise der M.-Z. kritisiert wird.

Enher (Gotha) bespricht die M.-Z. wird nicht allein bewiesen bedauern, daß sie in Gotha gelobt wird. Der Vorstand unterschätzt, daß wir unsere Pflicht als Arbeiter nicht nur so ausüben

wie früher. Ich bin erstaunt darüber. Redner schildert die Verhältnisse in Braunschweig und die Entstehung des Streiks bei der Firma Wäfling und glaubt, daß er die Geister nicht mehr bannen konnte, die andere heraufbeschworen haben. Ähnlich wie in Braunschweig lag es in anderen Orten des 5. Bezirks. Redner vermahnt sich entschieden dagegen, was ihm unterworfen worden ist. Er freut sich über die Stellung des Vorstandes. Die Kollegen draußen glauben, der neue Vorstand sei anderer Ansicht, als wie sie die Bezirksleiter auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Erfahrungen und auf Grund des Statuts zum Ausdruck bringen müssen. Verschiedene Orte haben sogar Delegierte nach Stuttgart geschickt. Redner hofft, daß der Vorstand in allen Fällen nach dem Statut handelt.

Zu den Lohnbewegungen im allgemeinen ist Redner der Ansicht, daß wir

1. bestimmte Lohnzuschläge fordern,
2. möglichst einheitliche Tarife aufstellen sollen.

Um die Lohnbewegungen richtig durchzuführen, ist vor allem bessere Disziplin und Erfahrung in den Bewegungen notwendig. Lang (Frankfurt) spricht zunächst für die Schulung der neu gewonnenen Mitglieder. Hinsichtlich der Streiks glaubt er, daß wir die Verhältnisse nicht mehr meistern können, sondern in die Defensive gedrängt sind. Er schließt das aus dem Umstand, daß wir den Lebensstandard nicht erreichen, der vor dem Krieg bestand. Der Reallohn sei nicht mehr der gleiche, den wir früher hatten; die bis jetzt geschaffenen Lohnausgleiche erlauben nur ein Weitergehen auf dem Existenzminimum. Es sei bedauerlich, daß die Arbeiterklasse bei den kommenden großen Kämpfen dem kartellierten und spönierten Unternehmertum keine einheitliche Front gegenüberstellen könne. Eine gleitende Lohnskala wird in diesen Zeiten dauernder Lohnbewegungen den Arbeitern nicht schaden, denn ein Abwärtsgehen der Lebensmittelpreise wird in absehbarer Zeit nicht eintreten. Redner spricht für die Schaffung eines Lohnniveaus durch die Gesetzgebung. Die Löhne sollen entsprechend der Preissteigerung festgesetzt werden. Der Vorstand sollte einen Entwurf ausarbeiten, der die Regelung der Lohnbewegungen auf Grund der gleitenden Skala verlangt. Redner bedauert, daß die Frage der Lohnskala, der Lohnänderung und anderer wirtschaftliche Fragen nicht in der Zeitung behandelt worden sind. Die Zeitung muß die Fahne der Organisation sein; sie muß Aufklärung über die gewerkschaftliche Taktik geben. Eine Aufspaltung des revolutionären Ganges ist nicht besonders erforderlich; die Verhältnisse treiben unsere Kollegen von selbst vorwärts. Konkrete Tatsachen wirken aufreizender als Schlagworte. Die Gesetze einzelner Kollegen dürfen in der M.-Z. nicht verlegt werden; aber die nötige Aufklärung muß erfolgen, um die gesamte Arbeiterklasse gegen das Kapital zu vereinen.

Langgraf (Bremen) bespricht, daß die Ausführungen von Dismann die Auffassung des Vorstandes darstellten. (Zuruf: Dismann spricht als Berichterstatter des Vorstandes.)

Bernard (Frankfurt) betont, daß dem ewigen Schrecken vor der herabgeminderten Arbeitsleistung entgegenzuwirken werden müsse. Für Frankfurt sei festgestellt, daß, soweit Arbeit in Frage kommt, heute intensiver gearbeitet wird als vor dem Krieg. Die Grundlöhne müssen bis zu einer bestimmten Höhe getrieben werden und die Lenkungspläne und sonstige Zuwendungen müssen in Wegfall kommen. Redner spricht gleichfalls für die gleitende Skala. Die festgestellten Indizes erbrachten ein Mehr von 100 A pro Woche für Lebensmittel. Das ist weit mehr, als wir durch unsere Bewegungen errungen haben. An der Arbeitszeit, die sie im Kollektivabkommen festgelegt ist, müssen wir festhalten. Die Unternehmer in Frankfurt wollen als „leuchtendes Beispiel“ auch eine längere Arbeitszeit einführen. Wir müssen dem entgegenwirken.

Brandes vom Hauptvorstand stellt zunächst in einer persönlichen Bemerkung die Ausführungen des Kollegen Langgraf richtig und bemerkt zur Frage der Indizes, daß die Verwertung anrichtigen kann, denn die kaltesche Ziffer zum Beispiel deutet sich auf die Beförderung der Marinemannschaften auf. Dieses Quantum steht uns heute nicht annähernd zur Verfügung. An eine Zurückhaltung der fortgeschrittenen Bezirke denkt der Vorstand nicht; wir müssen alles daransetzen, daß wir in Orten, wo hammervolle Löhne bestehen, eingreifen, und daß wir solchen Fällen unter Umständen den Vorzug geben müssen, ist selbstverständlich. Das sind die Klassenkämpfe verschärft werden, wissen wir, aber gerade das zwingt uns zu strengster Einordnung. Wir müssen verlangen, daß die Organisation die Lage beherrscht und daß die Mitglieder sich unterordnen. (Zuruf: Die Zeitung muß anders schreiben!) Ob die Zeitung in jedem Fall das Richtige getroffen, mag dahingestellt bleiben. An die Beschlüsse der Generalversammlung muß sich die Redaktion auf jeden Fall halten.

Reichle (Göppingen) billigt die Stellung des Vorstandes und spricht über die schwierige Situation, wo wegen Strom- und Kohlenmangel bei Nacht gearbeitet wird und dabei eine längere Arbeitszeit eingeführt ist.

Spiegel (Düsseldorf): Es kann nicht angehen, daß neben unserer Organisation Sonderinstanzen bestehen, die uns Lohnbewegungen aufhalten. Solingen ist dafür ein Schulbeispiel. Die Aktionsausschüsse arbeiten im geheimen und versuchen die Gründung von Sonderorganisationen. Sie leugnen zwar das Eingreifen in die gewerkschaftliche Tätigkeit; in Wirklichkeit tun sie es doch. Die Rundschreiben des Vorstandes stehen nicht im Einklang mit der M.-Z. Unsere Kollegen ziehen falsche Schlüsse. Die Zeitung muß die Gedanken des Vorstandes besser vertreten, dann haben wir draußen im Lande weniger Schwierigkeiten. Redner bespricht die Ferienfrage und geht dann ausführlich auf den Streit in Solingen ein. Zum Schluß kommt er auf die Angelegenheit der Unterstützung der Ehrenhahnner bei ihrem wilden Streit zu sprechen und betont nochmals, daß Lohnbewegungen unter allen Umständen Sache der Gewerkschaft sein müssen.

Schöffler (Berlin): Das Hauptgewicht soll auf eine gleichmäßige Erhöhung der Löhne gelegt werden. In der Theorie ist es gut; es ist auch ein alter gewerkschaftlicher Grundsatz. Aber unsere Kollegen sind davon schwer zu überzeugen. Unsere Kollegen verlangen, daß alle Lohnbewegungen vom revolutionären Standpunkt aus betrachtet werden. Das geht nicht; denn wir nähern uns in wirtschaftlicher Beziehung wieder dem Standpunkt der Friedenszeit, wo wir Unzureichendes nicht auszurichten war. Eine Einheitlichkeit der Löhne ist nicht durchführbar. Was in einer Industrie möglich ist, geht in der anderen nicht. Redner bespricht noch das Bestreben, den neuen Vorstand in seiner Arbeit zu unterstützen und die Schwierigkeiten bei der Erlangung der Schlussberichte, sowie der Vergrößerung des Beamtensabes, die vielfach von den Kollegen bedauert wird, in der Meinung, daß Bürokratiearbeit geleistet werde.

Liebe (Dresden) spricht über die Forderungen und über die Streiks im 4. Bezirk. Hinsichtlich der Ferienfrage bringt er in Vorschlag, ähnlich wie bei der Invalidenversicherung zu verfahren und durch Gesetzgebung von den Arbeitgebern bestimmte Beiträge einzuholen, da die kleinen Meister nicht in der Lage seien, Ferien zu bewilligen.

Wand (Zwickau): Wenn wir eine planmäßige Durchführung der Bewegungen durchführen sollen, müssen wir die Unterstützung der Bezirksleiter dabei haben. Der Reallohn sei nicht so hoch, daß man eine gleitende Lohnskala einführen kann. Diese berücksichtigt auch die örtlichen Verhältnisse nicht.

Schließend vom Hauptvorstand spricht über die Schreibweise der M.-Z., über das Bestehen von Aktionsausschüssen in Rheinland-Westfalen und über ihr aktives Eingreifen bei Lohnbewegungen, sowie über den Solinger Streit. Zur Ferienfrage bemerkt Redner, daß es Bezirke gibt, wo grundsätzlich für jeden Arbeiter Ferien festgelegt sind. Zum Schluß kommt Redner nochmals auf die M.-Z. zu sprechen. Sie soll scharf und sachlich schreiben, aber nicht große Kreise der Mitglieder verlegen. Sie muß nach den Beschlüssen der Generalversammlung handeln unter Ausschaltung jedes persönlichen Angriffs.

Gräffingholt (Solingen) schildert die Vorgänge in Solingen und betont, daß die 15 Bedingungen, die die Unternehmer stellen nicht angenommen werden können.

Gandfe (Breslau) hält es für notwendig, daß in den Gegenden, wo einigermaßen wehre Löhne gegenüber anderen Bezirken bewahrt

Schulz (Hamburg) spricht gegen die Abtrennung des Unterwesergelbiets vom 6. Bezirk. Der Sitz der Unterwesergelbietsorganisation ist in Hamburg und die jetzt schon vorhandenen Schwierigkeiten würden bei der Teilung noch größer.

Brandes vom Hauptvorstand anerkennt die für die Teilung des 6. Bezirks vorgebrachten Gründe nicht und betont hinsichtlich des 10. Bezirks nochmals, daß die große Mehrzahl der Südbagern für die Trennung war. In seinem Schlusswort führt

Reichel vom Hauptvorstand im Hinblick auf die Diskussion über den 6. und 10. Bezirk aus, daß an der abweichenden Meinung der Kollegen in einzelnen Bezirken nicht achtlos vorbeigegangen werden darf. Die für den 7. Bezirk vorgeschlagene Lösung ist nicht ideal; aber Besseres ist zurzeit nicht zu finden. Wenn der Bezirk nicht für die Verteilung ist, dann muß er die Frage zur Weiterbearbeitung zurückgeben. Er schlägt vor, sich hinsichtlich des 6. und 10. Bezirks nicht festzulegen, die Anträge auf Teilung des 2. Bezirks abzulehnen, der Abtrennung des 1. Bezirks zuzustimmen, ebenso der Verteilung des 5. Bezirks.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird über die eingekommenen Anträge und über die Vorschläge des Vorstands abgestimmt. Die Frage der Teilung des 2. Bezirks bleibt offen. Im 3. Bezirk soll eine Grenzregulierung im Wege der Verständigung erfolgen. Für den 5. Bezirk soll die vorgeschlagene Verteilung durchgeführt werden. Die Frage der Teilung des 6. Bezirks bleibt gleichfalls offen. Für den 7. Bezirk wird beschlossen, im Prinzip der Teilung zuzustimmen. Inwiefern Bezirke gebildet werden sollen, wird vom Vorstand und der Siebenerkommission nachgeprüft. Der 8. und 9. Bezirk wird zunächst in seinem jetzigen Umfange belassen. Für den 10. Bezirk soll die Frage der Teilung nochmals beraten werden.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung führt der Kollege Dismann etwas folgendes aus: Die Frage der Arbeiterräte ist aktuell seit der Revolution. Sie haben sich erhalten bis heute, e' ordnngs nur in einigen Bezirken. Wo die Betriebsräte sich eine Position eroberten, geschah es nur durch Mithalten an den Gewerkschaften. Die Machtstellung der Arbeiter- und Betriebsräte ist im letzten halben Jahre wesentlich geringer geworden. Von der politischen Macht, die die Arbeiter- und Betriebsräte in Händen hatten, ist nicht mehr viel übrig geblieben, und der Gedanke des Stützsystems konnte sich erst besser durchsetzen, nachdem die Arbeiter große politische Streiks ingenieurten. Inmitten dieser Streiks wurde die Anerkennung der Arbeiterräte aufgehoben. Unser letzter Verbandstag hat eine Industrieregulation für alle Hand- und Kopfarbeiter beschlossen. Das Betriebsrätegesetz trennt die Hand- und Kopfarbeiter. Es steht die Bildung von Arbeiter- und Angestelltenräten vor. Das ist ein Wandel des Gesetzes, aber nicht der Richtung. Das Gesetz hat den Arbeitern längst nicht das gebracht, was sie erwarteten. Nebenher bespricht eine Reihe von Vorfällen im Gesetz und betont, daß die Arbeiter alles daran setzen müssen, um die geringen Rechte, die ihnen durch das Gesetz gegeben sind, zu erweitern.

An den Wahlen der Betriebsräte müssen wir uns selbstverständlich beteiligen; wir brauchen tüchtige Vertreter in den Betrieben. Die Gewerkschaften müssen die Wahlen selbstständig in die Hand nehmen und durchführen. Die Aufstellung der Kandidaten muß einheitlich von den freien Gewerkschaften erfolgen. Leider wird das nicht überall geschehen; in Berlin und anderen Orten z. B. erfolgt die Aufstellung der Kandidaten von den verschiedenen Parteien. Das kann der Vorstand nicht empfehlen. Die Betriebsräte übernehmen nach dem Gesetz die gewerkschaftlichen Aufgaben und die gewerkschaftliche Vertretung in den Betrieben; die Wahl zu den Wahlen muß deshalb von den Gewerkschaften ausgehen. Soweit die Kandidaten trotz der gegenteiligen Anweisungen der Gewerkschaften nach parteipolitischen Gesichtspunkten gewählt sind, sind die Gewerkschaften ohne Rücksicht darauf nach der Wahl zusammenzutreten, um unsere gewerkschaftlichen Arbeiten zu erledigen. Wir wünschen, daß die Wahlen im Sinne der Beschlüsse unseres letzten Verbandstages ausfallen; die Gewerkschaften dürfen nicht für die Arbeitgemeinschaft tätig sein. Sie müssen ihre Rechte über das Gesetz hinausverwehren. Das müssen auch die rechtlich stehenden Kollegen unterstützen.

Der Vorstand beschließt, ein Organ zur Schulung der Betriebsräte herauszugeben; außerdem sind besondere Bildungskurse vorzusehen, an denen auch die Vertrauensleute der Gewerkschaften teilnehmen sollen. Die Betriebsräte sind eines der Organe des Verbandes wie alle übrigen, und man kann die Betriebsräte nicht vom Ganzen isolieren. Außerdem muß in besonderer Weise für sie gesorgt werden. Nebenher führt die verschiedenen Aufgaben bei der Schulung und Bildung der Betriebsräte.

Auch die politischen Parteien werden die Betriebsräte sammeln; die Gewerkschaft muß deshalb gemeinsam mit ihnen arbeiten und Stellungnahmen aussprechen. Der Vorstand ist der Auffassung, daß die Betriebsräte in der Gesamtorganisation zu behandeln sind und nicht besondere Organisationen der Räte in den Orten oder Bezirken oder im Reich bestehen können. Die Räte können nur wirken, wenn die Organisation hinter ihnen steht; nur auf diese Weise können wir in revolutionärem Sinne vorwärts kommen.

In der Diskussion spricht zunächst Kollege Rausch-Berlin. Er hält die Ansichten des Kollegen Dismann bezüglich der praktischen Auswirkung des Gesetzes in mehreren Punkten für sehr optimistisch. Er bespricht aus dem Gesetz einige Paragraphen, aus denen hervorgeht, daß das Gesetz den Arbeitern nicht viel Rechte bringt. Hinsichtlich der Wahlbeteiligung empfiehlt Reibner eine bestimmte Parole und kommt darauf, daß die Wähler Wahlzettel zu sprechen, wo die „rechte“ Seite erklärt habe, daß, wenn sie nicht dem Staatverhältnis entsprechend Sitze eingeräumt werden, sie nicht mitmachen, und wo in einem Sitzungsausschuß aufgeführt werden sei, die Betriebsräte der S. P. D. zu wählen. Gleichzeitig habe die S. P. D. ein Programm herausgegeben und damit betont, daß die Kandidaten auch politische Gesichtspunkte zu wählen sind. In Berlin werden also von allen Richtungen, S. P. D., U. S. P. D. und R. P. D., Kandidaten aufgestellt werden. Der U. S. P. D. werde, nachdem die S. P. D. bereits ein Programm herausgegeben habe, nichts anderes übrig bleiben, als gleichzeitig ein solches herauszugeben. Die beiden Parteien werden sich also betämpfen. Für die Gewerkschaft wäre es am besten, sich passiv zu verhalten; das sei jedoch nicht möglich. Wir müssen in enger Verbindung mit den Betriebsräten arbeiten. Wenn wir also Einfluß gewinnen wollen, müssen wir uns von vornherein aktiv beteiligen. Der Verband soll ein kluges Programm aufstellen, entsprechend den Beschlüssen unserer letzten Generalversammlung.

Reibner behauptet zunächst, daß die Frage in so langer Zeit besprochen werden müsse. Das Gesetz sei im Aufbau so kompliziert, daß man es erst nach und nach zu verstehen vermag. Er widerspricht einigen Ausführungen von Dismann über den Gesamtbetrieb und bespricht die vom Vorstand angelegte periodische Zeitschrift. Die Redaktion soll dazu den Antrag, daß diese Zeitschrift ihr angesiedelt wird. Er hält es für wünschenswert, daß die Materie von verschiedenen Stellen bearbeitet werden kann. Beteiligung an der Wahl hält Reibner für selbstverständlich. Die Möglichkeit der Aufstellung einheitlicher Listen der Gewerkschaften glaubt er erreichen zu müssen im Hinblick auf den Stand unserer politischen Stimmungen. Das Verhalten der S. P. D. und der Gewerkschaften von ganz links zeigt, daß es nicht möglich sei, das Problem zu ganz allgemeiner Arbeit zusammenzufassen. Die Kandidaten wählen sich auf dem Boden der Stuttgarter Verbandstagesbeschlüsse. Ein klar, entschiedene Parole müsse herausgegeben werden. Die Räte sollen darüber eine Sammlung aller revolutionären Kräfte des Proletariats. Soweit sie gewerkschaftliche Aufgaben haben, sei die Organisation geähnlich; darüber hinaus werden die Betriebsräte politische Aufgaben zu erfüllen haben. Es müsse also eine Vertretung zwischen den Betriebsräten, die auf politischen und gewerkschaftlichen Gebiet tätig sind, bestehen. Das bedinge einen klaren Rahmen unserer Organisation nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages.

Reibner behauptet, daß bei einer der wichtigsten Fragen, die seit Beginn der Arbeiterbewegung an die Arbeiter herantritt, sich diese jettigen gegenüberstehen. In dieser Sache müsse eine einheitliche proletarische Front vorhanden sein. Das Betriebsrätegesetz sei rein wirtschaftlicher Natur und die Betriebsräte dürfen nur Instrumente der Organisation sein. Der Ver-

band müsse dieses Instrument lässig in der Hand behalten. Wir dogmatisieren und spiritisieren viel zu viel. Die Worte „revolutionäre Betriebsräte“ hören sich ganz schön an. Die Wirklichkeit sei anders. Die Arbeiter seien noch nicht alle soweit, um den Sinn dieser Worte in vollem Umfang zu verstehen. Wir brauchen zunächst einen Aufbau unseres Wirtschaftslebens; breite dieses zusammen, dann sind auch die Funktionen der Betriebsräte überflüssig. Man solle sich nicht an hohlen Phrasen berauschen und den Kollegen Dinge in den Kopf setzen, von denen von vornherein klar sei, daß sie nicht durchführbar sind. Das von dem Kollegen Müller in die Debatte geworfene Schlagwort: „die Arbeitgemeinschaft, die revolutionäre Klassenkampf“ besage absolut nichts; wir brauchen planmäßige praktische Arbeit. Die Möglichkeit einer einheitlichen Front sei vorhanden. Der Vorstand habe dies durch seinen Sprecher, den Kollegen Dismann, klargestellt, der den Standpunkt, den er als Vorsitzender des Verbandes einnehmen mußte, eingenommen habe. Reibner polemisiert zum Schluß seiner Ausführungen gegen den Kollegen Müller wegen der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung.

Siebertsch, Leipzig: Der Kollege Vorhölzer hat in seinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, daß die Beschlüsse des letzten Verbandstages nicht gelten; das Statut sei maßgebend. Der Verband müsse feststellen, daß die Beschlüsse der Generalversammlung als Richtschnur dienen. Bei dieser Frage müssen die Resolutionen von Dismann und Müller im Vordergrund stehen. Die politischen Parteien können wir nicht meistern. Die Partei gehe rücksichtslos über Allgemeininteresse, wenn das Parteinteresse in Betracht kommt. Die beherrschende Zeitschrift müsse sofort erscheinen, denn es werden viele Rechtsfragen und Differenzpunkte aufzutauchen.

Garbe, Kiel: Der Vorstand hat den Verwaltungen bereits eine Parole übermittelt in seinem letzten Zirkular, in dem zum Ausdruck kam, daß die Betriebsräte vom Standpunkt der freien Gewerkschaften aus gewählt werden müssen. Es handelt sich nicht um eine Frage der Arbeitgemeinschaft oder um Resolutionen, sondern um gewerkschaftliche Gesichtspunkte. Es kommen auch neben den Beschlüssen unserer Generalversammlung die der anderen Gewerkschaften in Betracht. Reibner erklärt, wie er sich die Frage denkt. Wenn wir Kollegen aufstellen, die das nötige Maßmaß gegenüber den Unternehmern haben, dann werden wir das haben, was wir im Interesse der Organisation brauchen. Wenn uns um die Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterkraft zu tun ist, dann kann nur die Parole herausgegeben werden, die in dem letzten Zirkular des Vorstandes bereits zum Ausdruck kam. Reibner bespricht noch die Aufbringung der Kosten für die Betriebsräte und ist der Ansicht, daß, wenn die Ausgaben der Betriebsräte von der Organisation bezahlt werden, diese auch zur Organe der Gewerkschaft sein dürfen.

Reibner: Wir dürfen uns heute nicht darauf festlegen, daß die Wahlen der Betriebsräte von politischen Gesichtspunkten aus erfolgen können. Die Aufstellung der Kandidaten kann nur durch die Organisation geschehen. Nach den Ausführungen von Müller soll jeder auf den Klassenkampf eingeschlossen werden. Wir sind alle Klassenkämpfer; viele wissen bloß nicht, was das bedeutet. Man weiß auf die Verbandstagesbeschlüsse hin. Es ist nicht wahrzunehmen, daß jemand gegen die Beschlüsse handelt; es kann sich nur um das Tempo der Ausführung handeln. Das ist für die Betriebsräte. Es ist nicht notwendig, daß wir bei dem ersten Anlauf die Resolution Müller in den Vordergrund stellen; es ist vielmehr nötig, daß wir praktisch arbeiten. Die Organisation muß den Aufbau durchführen und dafür sorgen, daß ihre Kandidaten gewählt werden.

Schulz, Hamburg-Karlshagen: Was wir von Kollege Rausch über Berlin hören, ist tief bezeichnend. Wo die Schuld liegt, können wir in der Provinz nicht feststellen; aber die Tatsache wirkt ihre Schatten. Reibner richtet die Frage an den Vorstand, was er zu tun gedenkt, um solche Fortschritte wie in Berlin unmöglich zu machen. Aber ein einheitliches Programm sind wir einig. Wird die Frage auf beiden Seiten von gewerkschaftlichen Prinzipien behandelt, werden wir uns verstehen können.

Dismann bemerkt im Schlusswort, daß sich in der Bewertung der Dinge keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zeigten. Einseitig wird über das Gesetz gesprochen, daß es mangelhaft ist. Einmütigkeit besteht auch hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Mit dem Gesetz allein ist nichts getan, die Massen müssen dahinter stehen. Wir haben Kämpfe dort zu erwarten, wo die Unternehmern Rechte, die über das Gesetz hinausgehen, nehmen wollen; preisgegeben werden wir diese Rechte nicht.

Der Vorstand wird dem durch die Generalversammlung beschlossene vorgeschlagenen Weg gehen; wir werden die Wahlen in die Hand nehmen und sie praktisch durchführen. An den Parteigegebenen kommen wir nicht vorbei; wir können nur zusehen, möglichst reibungslos zu arbeiten. Die S. P. D. und die U. S. P. D. haben die Frage in ihrem Parteiprogramm. Die Parteien werden sich also der Sache annehmen, so wie wir wollen aber nicht. Als Gewerkschaft haben wir nicht zu bestimmen, wie sich der einzelne politisch zu betätigen hat. Ein gemeinsames Aktionsprogramm darüber, wie wir in allen Einzelheiten zu arbeiten haben, können wir an der Schwelle der neuen Aufgabe noch nicht aufstellen. Reibner legt folgenden Beschluß vor und empfiehlt dessen Annahme:

1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber anderen gegnerischen Organisationen zu erfolgen.
2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages.
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates verpflichten, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber resp. von seiner Organisation dazu aufgefordert wird.

Wir verlangen einheitliche Listen für die Gewerkschaften. Das in Berlin geschehen ist und vom Kollegen Rausch beleuchtet wurde, müssen wir zurückweisen. Unsere Beschlüsse müssen befolgt werden. Wir sind bis jetzt, wo es sich um Beschlüsse von politischen Parteien handelt, nie mit der schriftlichen Sprache des Statuts vorgegangen; aber es besteht kein Grund, das zu ändern. Ob ein Kollege recht oder links steht, ob er mit der Parole seiner Partei in Gewerkschaften kommt oder nicht, jeder hat die Pflicht, in seiner Partei für unsere Beschlüsse zu wirken.

Über die obige Resolution läßt der Kollege Dismann nach Absätzen abstimmen. Absatz 1 und 3 werden einstimmig, Absatz 2 wird gegen 2 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen; damit ist die Gesamtresolution angenommen in obigen Wortlaut. Der Antrag der Redaktion, die in Aussicht genommene Zeitschrift der Metallarbeiter-Zeitung anzuschließen, wird abgelehnt und der Vorschlag des Vorstandes angenommen. Dieser geht dahin, daß die Zeitung vom Vorstand herausgegeben und redigiert wird.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: Unser Verhältnis zu anderen Organisationen, berichtet zunächst Brandes vom Hauptvorstand über einen Entwurf des Bauarbeiterverbandes, der einen Zentralverband der handwerklichen Hand- und Kopfarbeiter errichten will. Dieser Bauarbeiterverband soll als Reichsorganisation auch die Elektrizität, Wasser- und Gas- und Wasserballonateure umfassen. Nachher wird auch die Bauarbeiter-Zeitung als Reichsorganisation angegliedert werden. Es müssen also wesentliche Teile unserer Verbände in Betracht. Der Bauarbeiterverband verlangt von uns die Abtretung der obengenannten Vereine. Das Verlangen liegt auf dem Wege der Beschlüsse unserer Verbandstages, und der Vorstand ist prinzipiell auch für die Abtretung. Die Abtretung kann aber nur erfolgen, wenn alle Organisationen dieselben Grundzüge aufstellen. Der Stand der technischen Industrie ist ein Verdinglichungsverhältnis mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eingegangen. Nebenher verliert den Entwurf eines Bauarbeiterverbandes, daß ein ähnlicher Organisation nicht abgeschlossen werden darf. Der Metallarbeiter-Verband wird bei diesem Übernahmevertrag der geborene Teil sein. Die Sache hat jedoch große Bedeutung, und der Vorstand ist dafür, dem Verlangen Rechnung zu tragen. Hieraus kommt der Reibner auf die Organisationen zu sprechen, die in Betrieben der Metallindustrie Mitglieder haben, jedoch auch Metallarbeiter aufweisen. Die Mitglieder dieser Organisationen einschließen unsere Arbeit. Arbeitseinrichtungen einzelner

Mitglieder werden oft ohne Rücksicht auf unsere Organisation vorgehen und ziehen häufig erhebliche Arbeitseinstellungen unserer Mitglieder nach sich. Auch in dieser Hinsicht ist deshalb Propagierung des Bauarbeiterverbandes nötig. Besondere Schwierigkeiten bereitet zurzeit der Eisenbahnerverband, der übertritte aus unserem Verbande erzwungen und jeden kameradschaftlichen Geist bei Tarifverhandlungen vernichtet läßt. Es ist soweit gekommen, daß wir einen Antrag an das Preussische Staatsministerium und an das Arbeitsministerium auf Zulassung zu Tarifverhandlungen richten mußten. Ein Teil der Organisationen stellt sich auf den Boden der Inbetriebsetzung und verlangt von uns Abtretung der Mitglieder. Zurzeit ist das für uns nicht annehmbar. Der Vertrag mit den Feuern und Maschinen mit unserem Verband soll erneut beraten werden.

In der Diskussion betont Richard Müller, daß der Vorstand seine Zustimmung für die Bildung einer einheitlichen Bauorganisation vorbehaltlich hätte geben sollen.

Im 7. Punkt der Tagesordnung werden die Anträge der Generalversammlung und der Bezirkskonferenzen durchberaten. Ein Teil der Anträge ist durch die Zeitverhältnisse erledigt. Der Antrag Offen auf Einrichtung eines Nachrichtenbüros wird weiter verfolgt werden, wenn die Ausgestaltung des Hauptbüros besser ist. Der Antrag von Finsterwalde auf Einführung von Reichstarifen wird als verträglich bezeichnet. Der Antrag von Dortmund über Ferien wird bereits bezeichnet. Der Antrag von Danau auf Bezahlung gesetzlicher Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, steht auch auf der Tagesordnung der nächster Bundesauskunftung. Die Anträge über die Agitation unter den Jugendlichen sind zum Teil erledigt durch eine Jugendkonferenz, die vor der erweiterten Betriebsratssitzung stattgefunden hat. Diese hat beschlossen, an die Regierung den Antrag zu richten, eine Notverordnung über das Verbotswesen zu erlassen. Die Frage wird auch im Bundesauskunftung behandelt. Wenn von diesem die Angelegenheit nicht durchgeführt wird, wird sie von Vorstand von sich aus aufnehmen. Den Anträgen auf Einrichtung einer Jugendbildung ist entsprochen. Die Redaktion dieser Jugendbildung wird der Kollege Dismann abnehmen. Im Hauptbüro wird eine zentrale Einrichtung, die alle Jugendfragen behandelt, als besonderes Bureau für Jugendleiter.

Dismann vom Hauptvorstand bemerkt noch, daß die Beschlüsse der Jugendkonferenz den Mitgliedern des erweiterten Betriebsrat zu gehen werden.

Die Anträge von Rüdiger, Oberhausen, Pöhlungen, Goll und von Wähler und Genossen über Eingaben an die Regierung wegen Altersrente, Werkpensionswesen und Ausgestaltung des Krankentagegeldes werden vom Bundesauskunftung behandelt. Es sind an die entsprechenden Körperschaften Anträge auf Änderung der gesetzlichen Bestimmungen gestellt worden, denen der Vorstand beigetreten ist. Wenn die Vorlagen im Parlament sind, werden die Fragen hinsichtlich der geltenden Bestimmungen, die dem Antrag entsprechen, an dem Antrag als erledigt, ist scharf zu beurteilen. In einzelnen Fällen, wo wir als Gewerkschaft berührt werden, wird der Vorstand an die Regierung herantreten. Dem Antrage der Personen um eine Krankentagegeld ist vom Vorstand Rechnung getragen. Der Antrag auf Einrichtung von Gehaltsbehalten steht im Augenblick nicht zur Debatte.

Die Anträge auf Erlass von weiteren Beschlüssen hat der Vorstand abgelehnt. Der Antrag wird erwidert, dass beizubehalten, und die Verwaltungen wird aufgegeben, ihre Schulden endlich zu bezahlen. Dismann empfiehlt nun, zunächst den 8. Punkt zu betonen und die Anträge der Bezirkskonferenzen auf Änderung eines gegenwärtigen Verbandstages und die Beschwerden gegen die Metallarbeiter-Zeitung zurückzustellen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Im 8. Punkt, Geschäftsliches, wird die Unterstellung in außerordentlichen Fällen, die Verhinderung an den Hauptvorstand, das Verhinderungsgesetz, die Schulung der Vertrauensleute durch die Regierung, die Unterstellung bei Maßregelungen, die gegnerischen Organisationen, Finanzfragen, Leuzenangelegenheiten an die Angeordneten und andere mehr besprochen.

Nach einigen anerkennenden Worten des Kollegen Dismann über die Betreuerarbeit im Interesse der Organisation wird die Sitzung geschlossen.

Ein niederträchtiger Schwindel

Das „Hamburger Echo“ bringt in seiner Nr. 10 einen Bericht über eine Versammlung des hiesigen Metallarbeiter-Rates. Nach diesem Bericht hat der Geschäftsführer des hiesigen Rates, der Mitglied des erweiterten Betriebsrat ist und der letzten Sitzung des erweiterten Betriebsrat beigewohnt hat, folgendes ausgesprochen:

„Zwischen dem Hauptvorstand und der Geschäftsleitung der Metallarbeiter-Zeitung besteht wegen dem Schwindel eine tiefgehende Spaltung. Dem hiesigen Rat ist vom Hauptvorstand eine scharfe Rüge erteilt worden, weil die Zeitung der Zeitung der letzten Klasse der Arbeiterklasse nicht folgt.“

Sollte es sich um eine solche Spaltung handeln, dann hat er die Hamburger Kollegen so scharf ausgelassen, daß es wohl nicht sofort davon geredet zu werden. Wir werden aber doch ruhig annehmen, daß das „Hamburger Echo“ in seine Hände nicht gegen die S. P. D. die Ausführungen des hiesigen Rates zurückgegeben hat. Wenn unser hiesiger Rat dem „Hamburger Echo“ diese geben wollen, das müßten sie selbst entscheiden. Die Beschlüsse und auf folgende sachliche Feststellungen: Wir sind, über die Zeitung der Zeitung besteht zwischen Vorstand und Geschäftsleitung keine Meinungsverschiedenheit. Das hat der Vorsitzende, Kollege Brandes, in der Sitzung des Betriebsrat gegenüber Behauptungen von rechtsgerichteter Seite ausdrücklich festgestellt und das muß auch Kollege Reibner gehört haben. Zweitens, der Vorstand hat dem hiesigen Rat keine scharfe Rüge erteilt, weil dazu keine Ermächtigung vorliegt und außerdem der Vorstand ein solches Recht nicht besitzt. Drittens, der erweiterte Betriebsrat hat zur Schlichtung der Schlichtung überhaupt keine Stellung genommen, vielmehr ist diese Angelegenheit nach einem Antrag Hoffmeister (Rattowitz) bis zur nächsten Sitzung vertagt worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 14. März ist der 12. Monatsbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. März 1920 fällig.

Ueberrittesgeschäfte müssen ihre Beiträge bis zur laufenden Woche bezahlt haben. Einmalige Beiträge aus der bisherigen Organisation müssen bei uns nachbezahlt und die Menden in das alte Buch gestellt werden.

Klammationen betreffen Nachrechnung der Beitragsleistung müssen spätestens 4 Wochen nach Empfang der Mitgliedsbücher eingereicht werden. Später einlaufende Klammationen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß für neuereitende Mitglieder Mitgliedsarten, keine Mitgliedsbücher auszufüllen sind. Alle Ueberrittesgeschäfte sind an den Vorstand einzufenden.

Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Beitrag für die Mitglieder der Verwaltung, Beginn der Beitragsrückzahlung. Lists various administrative bodies and their respective contribution amounts.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Augsburg: Der Dreher Friedrich Singer, geb. am 31. Januar 1896 zu Deuringen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bremerhaven: Der Feilenhauer Bruno Prausewetter, geb. am 4. Oktober 1870 zu Ober-Glogau.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Holzleger Hermann Wölle, geb. am 8. Januar 1879 zu Berlin, Buch-Nr. 2.292.005, wegen Schädigung der Berufsinteressen; der Arbeiter Max Sens, geb. am 16. Juli 1896 zu Brühl, einget. am 20. April 1918 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 147.631, wegen unkollegialem Verhalten.

Gestohlen wurden: Mitgliedsbuch-Nr. 2.892.389, lautend auf den Metallarbeiter August Mayer, geb. am 14. Febr. 1879 zu Elm (Samborg); Mitgliedsbuch-Nr. 2.859.956, lautend auf den Automatenmacher Otto Liebertau, geb. am 6. Oktober 1878 zu Weingarten (Sifenach); Mitgliedschaftsausweis-Nr. 553.887, lautend auf den Hilfsarbeiter Anton Bonauer, geb. am 14. August 1879 zu Allmannsdorf, eingetretten am 18. Mai 1919 zu Konstanz (Konstanz).

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Wesel (Krieg & Tigler) D.; von Elektromotoren nach allen Orten Württembergs St.; von Formern und Stichelarbeitern nach Burg bei Magdeburg (Berlin-Burger Eisenwerk) D.; nach Konstanz (Fa. Rieter, A. G.) L.; nach Weilmann (Herb. Konioer, Fittings- und Weichseifenfabrik) D.; von Selbstmetallarbeitern nach Cannstatt (Fa. Pfeiffer) D.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.; von Feilungsmotoren nach Stuttgart St.; von Metallarbeitern nach Bremen L.; nach Grailshelm St.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gelsenkirchen (Fa. Kellner, Automobilreparaturwerkstätte) D.; nach Rehl i. B. (Solalaba Rehl) L.; nach Konstanz (Fa. Rieter, A. G.) L.; nach Lauterbach i. Pfalz (Vereinigte Aluminiumwerke) L.; nach Magdeburg (Fa. Mühlstein, Drahtzieher) D.; nach Thorn L.; nach Weimar L.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; S. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Mangelung; Mi. = Mißstände.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuklagen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied parat angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Berichte

Gravurs und Zisellers.

Offenbach a. M. Der Reichstaxist ist gekündigt und keiner der Gehilfen wird ihm eine Krone nachweisen. In seiner gewohnten Form, in solch harter Fassung ist ein Reichstaxist unahaltbar. In Zeiten, in denen die Lebenshaltung sich so rapid und sprunghaft verteuert, geht es nicht an, bestimmte Löhne auf längere Zeit festzusetzen, zumindest muß ein leichteres und schnelleres Verfahren von Organisation zu Organisation möglich sein. Weit praktischer wäre es, wenn bei einer etwaigen Neuordnung des Tarifs die Lohnsätze denen der laufenden Verträge in den einzelnen Orten eingereicht würden, so daß, was für die gelehrten Metallarbeiter in den einzelnen Orten zwischen Metallindustriellen und Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinbart ist, auch Geltung für unsere Branche hätte. Das wäre keine Überforderung unserer Arbeitgeber, für unsere Kollegen aber die Gewissheit, daß sie nicht schlechter gestellt würden als andere Metallarbeiter. Der Reichstaxist darf uns nicht ein Klog am Bein werden. In seiner bisherigen Fassung ist er es aber. Allein in der Fassung von ... bis ... ist ein Spielraum gelassen, der, wie die Erfahrung lehrt, auch bei anderen Berufen von den Arbeitgebern dazu benutzt wird, den von-Sag als Normallohn zu halten, dieselben sind aber schwer zu bewegen, über „bis“ zu bezahlen. Der Reichstaxist ist auch kein wirksames Mittel zur einheitlichen Regelung der Löhne über ganz Deutschland, so lange es Leute gibt wie hier in Offenbach die Firma Thompson, die dauernd wichtige Kräfte des hohen Lohns sucht und einem 27jähr. tüchtigen Gehilfen ganze 2 A Stundenlohn gibt, und auf der anderen Seite Gehilfen, die so wenig Randa sind, so solchen Löhnen bei den heutigen Zeiten zu arbeiten. Jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, vor Platzwechsel sich an zuständiger Stelle über die neue Firma zu erkundigen. Dies helfen auch nicht Festlegungen im Reichstaxist bezüglich der Heimarbeit, wenn im Arbeitgeber, der Bundes-Zeitung, gar nicht selten Heimarbeiter gesucht werden. Die Zeit ist günstig zur Deutung des Gravurs- und Zisellerberufes. Rein Arbeiten unter den geltenden Tarifen und wirkliche schärfste Bekämpfung der Heimarbeit von beiden Seiten. Das bloße Gejammer aber nützt nichts, Entschieden angefaßt muß werden. Unsere Meister sollten doch wissen, daß niedrige Löhne immer zu Nebenerwerb und Heimarbeit drängen. Ein Abstand, der sie doch wieder empfindlich trifft.

Metallarbeiter.

Bielefeld. Am Sonntag den 8. Februar fand die Jahresgeneralversammlung statt. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Kollege Grube. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 116.473,93 M. Der Kassenbestand für die Hauptkasse am Orte betrug 115.24,97 M. Die Nebenkasse bilanziert mit 116.212,39 M bei einem Kassenbestand von 77.693,12 M. Die Mitgliederzahl am Schlusse des vierten Quartals beträgt 12.364. Die Zahl der Mitglieder wäre um 800 höher, wenn nicht im Laufe des Jahres von der Verwaltungsstelle Bielefeld die Orte Gütersloh, Aheda, Wiedenbrück und Bersenbrock abgetrennt und zu einer besonderen Verwaltung

vereintigt wären. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Kassierer-Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattete der Bevollmächtigte Kollege Buse. Die am Orte durchgeführten Lohnbewegungen haben nicht unwesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht, doch haben die Teuerungszulagen jede Verbesserung der Verdienste überholt. Die allgemeine Lohnbewegung im Mai v. J. brachte neben den Verdienstaufbesserungen die Festsetzung eines Existenzminimums und die Durchführung der Ferien. Dinge, um die früher jahrelange Auseinandersetzungen mit den Unternehmern stattfanden. Sowohl diese Lohnbewegung als auch die spätere Bewegung um Gewährung einer Teuerungszulage wurde nicht nur auf die Betriebe des Arbeitgeberverbandes beschränkt, sondern sie wurde auf alle, auch die kleinen Betriebe ausgedehnt. Damit sind die Erfolge Gemeingut der gesamten Metallarbeiter im hiesigen Wirtschaftsgebiet geworden. In den handwerksmäßigen Betrieben haben Tarifbewegungen und Bewegungen für Teuerungszulagen stattgefunden. Alle diese Erfolge seien erreicht, ohne die Existenz auch nur eines Kollegen zu schädigen, ein Zeichen für die Richtigkeit der Lohnpolitik in der hiesigen Verwaltung. In der Diskussion wurden von einigen Kollegen der Opposition die Ausführungen des Redners kritisiert. In seinem Schlusswort ging der Kollege Buse auf die Unrichtigkeiten und schiefen Darstellungen ein und betonte, daß es ihm nicht eingefallen sei, mit Maschinengehören bei eventuellen Putzchen zu drohen, aber die Bielefelder Metallarbeiter würden in Zukunft es sich nicht gefallen lassen, von unverantwortlichen Elementen aus den Betrieben herausgeholt zu werden. Sie würden unter Umständen zeigen, daß es noch deutsche Erben gäbe, mit denen man sich solche Elemente vom Leibe halten könne. Diese Darlegungen wurden aus der Mitte der Versammlung durch lebhafteste Beifallsstürmungen unterstützt. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung entspann sich eine lebhafteste Aussprache. Die Opposition (Angehänger der U. S. P.) verlangte eine offizielle Anerkennung des Rechtes, Angehörige ihrer Richtung in die Ortsverwaltung senden zu dürfen. Dem Vorstehenden wurde erklärt, daß nicht nach Richtungen gefragt werden dürfe, sondern Verbandsmitglieder schlechweg wählen zu wählen. Die bisherigen Angestellten wurden durch Handaufheben wiedergewählt. Die übrigen Funktionäre wurden nach den Vorschlägen der Vertrauensleute gewählt. Die Mitglieder des Ortsausschusses des Gewerkschaftsbundes wurden ebenfalls durch Handaufheben gewählt. Der Antrag der Ortsverwaltung auf Bewilligung von 6000 M zur Unterfütterung der notleidenden Oesterreicher wurde ohne Diskussion angenommen. Damit war die Tagesordnung der sehr gut besuchten Versammlung erledigt. Der Vorsitzende schloß dieselbe mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einträchtigen Zusammenarbeitens.

Dortmund. Am Sonntag den 1. Februar tagte im Gewerkschaftshaus in Dortmund die Generalversammlung. Der Kassenbericht, welcher von dem Kollegen Bed gegeben wurde, ergab einschließlich des Kassenbestandes vom letzten Quartal 180.841,38 M als Einnahme. Demgegenüber stand eine Ausgabe von 36.820,52 M. An die Hauptkasse wurde gefandt 76.000 M, jedoch ein Kassenbestand von 180.202,82 M verblieb. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme einschließlich des Kassenbestandes vom 3. Quartal 1919 (89.510,11 M) von 147.874,12 M. Demgegenüber stand eine Ausgabe von 45.957,54 M, jedoch ein Kassenbestand von 101.916,58 M verblieb. Der Geschäftsbereich vom 4. Quartal wurde von dem Bevollmächtigten Kollegen Bormann gegeben. Daraus entnehmen wir folgendes: Versammlungen und Sitzungen waren im letzten Quartal 582 zu verzeichnen. An der Hand von Zahlenmaterial wies er nach, daß auf allen Gebieten Gutes erreicht worden sei. Weitere Aufstellungen sollen den Vertrauensleuten gedruckt als Agitationsmaterial ausgehändigt werden. Die Kollegen dürften ihre Aufgaben innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht so verstehen, daß eine Lohnbewegung nach der andern zu folgen hat, sondern unsere Hauptaufgabe müßten wir erblicken in der Ablösung des Kapitals durch das Proletariat, um dadurch den wirklichen, wahren, menschlichen Sozialismus herbeizuführen. Dieses müßte die Parole aller Klassenkämpfer sein. Zur Mitgliederbewegung sei noch bemerkt, daß am Schlusse des 3. Quartals ein Mitgliederbestand von 13.483 vorhanden war und am Schlusse des 4. Quartals 15.483. Bormann sagt, wenn nicht alles trägt, würden wir bald in Dortmund 20.000 Mitglieder erreicht haben. In den letzten vier Wochen hätten wir bereits über 600 Übertritte zu verzeichnen, besonders von den Spindlerklassen, christlichen und Pfälz-Duisburger Organisationen. Zum zweiten Punkt wurde Bericht erstattet von der Bezirkskonferenz. Eine rege Aussprache entsfaltete sich über die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung. Eine Resolution von Kollegen Bildat wurde gegen einige Stimmen angenommen. Dieselbe verurteilt auf das entschiedenste die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung und fordert den Hauptvorstand auf, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zeitung so redigiert wird, daß die Organisation keinen Schaden erleidet. Es wurde weiter verlangt, daß die Resolution in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben werden sollte. Das Ortsstatut wurde einstimmig angenommen.

Hannau. Nachdem man die Linksparteien durch das Verbot der Presse und die Verhaftung ihrer Führer versucht hat, mundtot zu machen, geht man nun auch dazu über, Mitgliederversammlungen des Metallarbeiter-Verbandes zu verbieten. So wurde die für den 26. Februar einberufene Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Hannau a. M. mit der Tagesordnung: Das Betriebsratsgesetz und die Beitragsrückzahlung verboten. Das ist die Freiheit der demokratischen Republik, die dem deutschen Volke proklamiert wurde. Was gegen dieseigenen Arbeitervertreter dazu, die früher selbst unter dem Verbot der Vereins- und Versammlungsfreiheit zu leiden hatten? Wir haben es wahrlich weit gebracht. Wie haben die Bauer, Regien und Genossen gehulmeiert, wenn sie unter der wilhelmianischen Ara mit berartigen Schikanen bedacht wurden! Die Hindenburgs und Ludendorffs können demonstrieren, da gibt es kein Verbot, aber wenn Arbeiter zusammenkommen wollen, um sich über das Betriebsratsgesetz zu orientieren, da verbietet man einfach die Versammlung. Arbeiter, haltet die Augen offen, Schritt für Schritt erkämpft mit Hilfe einigiger Arbeitervertreter die Reaktion!

Kempten i. Allg. Die Generalversammlung brachte durch die Neuwahl des Ausschusses frisches, unverbrautes Blut in die Ortsverwaltung. Es war höchste Zeit, denn die Unzufriedenheit mit manchem Unzulänglichkeiten bei der alten Ortsverwaltung machte sich bemerkbar in dem schlechten Besuch, den die allmonatlichen Versammlungen aufwiesen, trotz einer Zahl von 350 Mitgliedern. Schon die erste außerordentliche Versammlung war sehr gut besucht und erfreute die Anwesenden durch die Lebhaftigkeit, mit der sie geführt wurde. Alle Kollegen waren sich einig, daß bei der anhaltend steigenden Teuerung ein Höchststundenlohn von 2,40 M für das Kleingewerbe und 2,50 M für die Industrie als vollkommen unzureichend zu bezeichnen ist. Es wurde beschlossen, ab 1. Februar den Tarif für das Kleingewerbe zu kündigen und in der Zwischenzeit für eine Teuerungszulage Sorge zu tragen, da die Erfahrung lehrt, daß die Kemptener Kleingewerbetreibenden trotz Schiedspruch nicht zu bewegen sind, eine nur teilweise entschädigende Nachzahlung zu leisten. - Kollege Reiberger erstattete Bericht über die Bezirkskonferenz, und seine Worte, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, zeigten, daß er die hiesige Ortsverwaltung in Nürnberg auf das beste vertreten hat. Selber müssen wir in der Provinz die traurige Wahrnehmung machen, daß mancher Kollege infolge erhöhter Beitragsleistung und ungenügender Arbeitslosen- und Krankenunterstützung der Organisation den Rücken wendet. Kollegen, besinnt euch, denkt daran, daß wir in den folgenden schweren Zeiten eine starke, geschlossene Organisation brauchen, daß nur Treue und Einheit im Verbände unsere schlechten Lebensbedingungen mit der Zeit verbessern kann. Es geht uns um Ganze; nur eine mächtige, feste Organisation vermag uns zu retten. Darum bleibt dem Verbände treu, gewinnt neue Mitglieder, zeigt euer Interesse an eurem Verufe durch fleißigen Besuch der Versammlungen. Zum Schlusse seien noch alle Mitglieder, die ihr Mitgliedsbuch beziehungsweise Karte noch nicht eingeleistet haben, aufgefordert, dies möglichst bald zu tun. Genaue Adresse ist beizulegen.

Oggersheim (Pfalz). Unsere am 1. Februar im „Wittelsbacher Hof“ tagende Generalversammlung war gut besucht. Nachdem der Bevollmächtigte und der Kassierer den Jahresbericht vom Jahre 1919 erstattet hatten, schritt man zur Neuwahl der Ortsverwaltung und wurden die Kollegen E. Kessler, R. Reinmuth, J. Karst, J. Roth und W. Wüst fast einstimmig wiedergewählt. Sodann gab der Kollege E. Kessler den Bericht von der am 26. Januar in Stuttgart stattgefundenen Bezirkskonferenz und brachte die auf dieselben angenommene Resolution zur Verlesung, wonach die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung verurteilt und verlangt wird, daß in Zukunft die Haltung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl der Berichterstatter die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oggersheim erklärt, daß sie mit der Haltung der Metallarbeiter-Zeitung seit der Übernahme der Redaktion durch die Zeitung derselben eine andere wird. Unter der Betonung, daß diese Resolution auf der Konferenz gegen die Stimmen der auf dem Boden der Verbandstagsbeschlüsse stehenden Delegierten mit schwacher Majorität angenommen wurde, empfahl

